

BLICKPUNKT EUROPA



A European
perspective

L'Europe en
ligne de mire

Inhalt



© Grecard Paul - stock.adobe.com

Titel

- 04 Normung vor neuen Herausforderungen
- 06 Die KAN-Europavertretung
- 07 Zusammenarbeit der internationalen und europäischen Normungsorganisationen

Themen

- 09 Drei Fragen an... Peer-Oliver Villwock, Vorsitzender der KAN
- 10 Gender-Kluft im Arbeitsschutz: Wie Feuerwehrfrauen bei PSA benachteiligt werden
- 12 EU-OSHA: Ziele und Schwerpunkte



© kasto - stock.adobe.com

14 Kurz notiert

- Symposium anlässlich „30 Jahre KAN“
- Neues Mandat für beratende „Arbeitsgruppe Normung“
- EU-Splitter
- Bericht zum europäischen Binnenmarkt

40 Termine

Immer auf dem neuesten Stand:



KAN_Arbeitsschutz_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



© stock.adobe.com

**Peer-Oliver Villwock**

Vorsitzender der KAN
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Kurs auf Europa

Die KAN bringt sich seit nunmehr 30 Jahren in unterschiedlichste Diskussionen zur Normung ein und untersucht beispielsweise in Studien, Workshops oder Fachgesprächen, wo in Normen Potenzial für die Verbesserung der Sicherheit von Produkten besteht. Ein weiteres Ziel ist es, auf die Kohärenz zwischen Normen und den Regelwerken von Staat und gesetzlicher Unfallversicherung hinzuwirken. Dabei bleibt ein wichtiger Grundsatz, dass das Regelwerk von Staat und gesetzlicher Unfallversicherung Vorrang vor Festlegungen in Normen hat.

Ein Blick auf das nationale Geschehen reicht jedoch längst nicht mehr aus. Seit der Einführung des Neuen Konzepts wird das Gros der Normen europäisch erarbeitet. Es ist auch kein Einzelfall, dass Normen von internationalen Gremien oder im Parallelverfahren gemeinsam bei ISO/IEC und CEN/CENELEC erarbeitet werden und dann zu europäischen Normen werden. Wenn der Arbeitsschutz hier gutes Gehör finden will, muss er in der Lage sein, die Normungsgremien auf europäischer und internationaler Ebene zu bespielen und sich auch in den relevanten regelsetzenden Gremien auf politischer Ebene wirkungsvoll zu engagieren. Dafür müssen sich die Arbeitsschutzkreise möglichst eng miteinander abstimmen, damit die vorhandenen Ressourcen effizient genutzt werden können. Die KAN leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Mit ihrer Europavertretung verfügt die KAN seit 2020 über eine Kontaktstelle in Brüssel, die Entwicklungen in EU-Kommission und EU-Parlament direkt vor Ort beobachtet, ein Netzwerk zu anderen Interessenträgern im Bereich Arbeitsschutz und Normung pflegt und dabei hilft, Kontakte zu Entscheidern aufzubauen. Es ist wichtig, diesen Weg weiter zu beschreiten und gemeinsam mit anderen europäischen Partnern tragfähige Konzepte zu entwickeln, damit sich der Arbeitsschutz europäisch und international auf Augenhöhe mit anderen Interessenträgern positionieren kann. «

Normung vor neuen Herausforderungen

Aus dem weltweiten Wettbewerb, dem Klimawandel und dem Fachkräftemangel ergeben sich auch für die Normung neue Anforderungen. Knut Blind, der als Verantwortlicher des Deutschen und Europäischen Normungspanels seit vielen Jahren verschiedene Aspekte der Normung analysiert, wirft einen Blick auf die wichtigsten Handlungsfelder.

Die Normung sieht sich aktuell zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt, die durch verschiedene interne, aber auch externe Faktoren verursacht werden. Intern schlägt der allgemeine Fachkräftemangel auch in der Normung durch. Derzeit sind mehr als 60 % der Experten und Expertinnen über 50 Jahre alt, so dass sich demnächst mehrere Tausend in den Ruhestand verabschieden werden¹. Parallel sind Frauen noch stark unterrepräsentiert, wobei hier in den letzten Jahren schon eine leichte Trendwende zu beobachten ist.

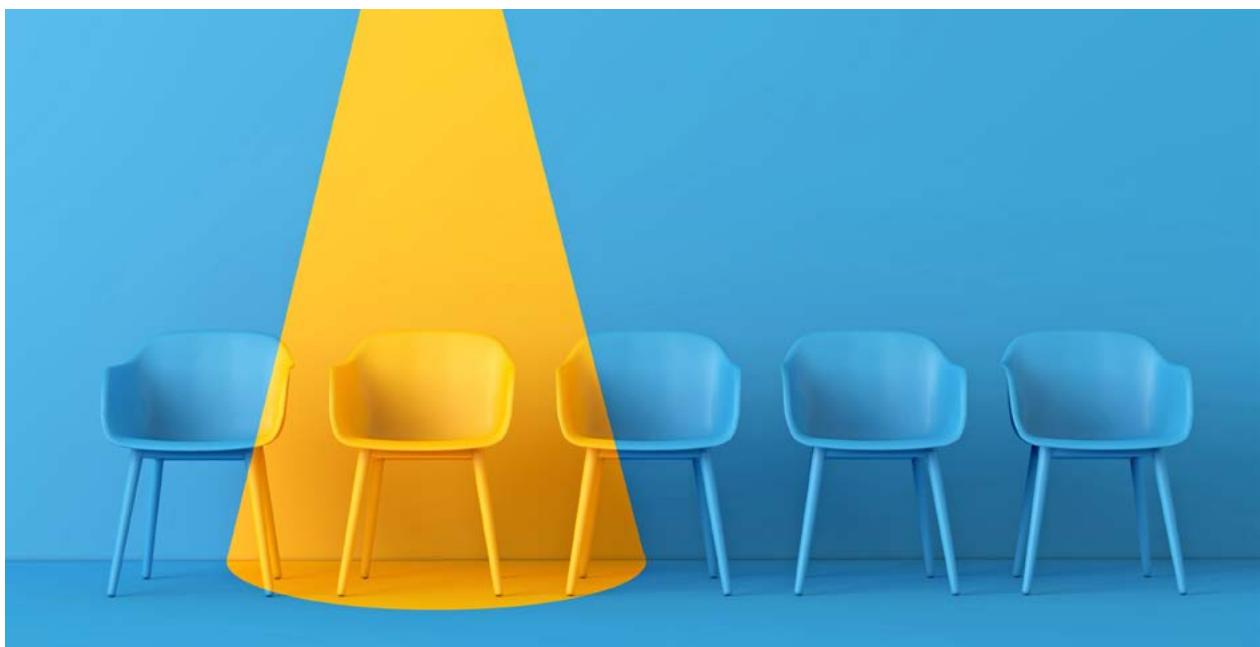
Extern wird die Normung durch eine zunehmende Dynamik in Wissenschaft und Technologie, aber auch durch die Digitalisierung herausgefordert. Denn insbesondere Themen wie künstliche Intelligenz und Quantentechnologie, aber auch die Kreislaufwirtschaft, erfordern neue Normungsprojekte und die Unterstützung durch kompetente Fachleute, die jedoch – wie oben illustriert – zunehmend knapp werden.

Gleichzeitig ist der Klimawandel die größte Herausforderung für die Menschheit, zu deren Bewältigung aber die Normung durchaus einen Beitrag leisten kann. Allerdings sind ihre Potenziale hier leider noch nicht ausgeschöpft².

Regulatorische und politische Rahmenbedingungen

Die Normung in Deutschland und Europa ist eingebettet in verschiedene Politikinitiativen und entsprechende regulative Rahmenbedingungen. Durch zahlreiche Aktivitäten der Europäischen Kommission zur Regulierung künstlicher Intelligenz, Cybersicherheit und -resilienz, aber auch der Datenökonomie kommen weitere Herausforderung auf die Normung zu, denn diese soll die Gesetzesvorhaben durch entsprechende Normen unterfüttern. Ansonsten wird die Europäische Kommission Spezifizierungen verstärkt selbst erstellen, wobei dann eine adäquate Einbindung der Industrie und anderer Stakeholder nicht unbedingt gesichert ist.

Parallel dazu wird das Geschäftsmodell der Normungsinstitute durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, bekannt unter dem Stichwort Malamud, in Frage gestellt. Demnach ist der freie Zugang zu – zugegebenermaßen aktuell noch einer sehr kleinen Anzahl an – harmonisierten europäischen Normen zu gewähren, die in europäischen Regulierungen referenziert sind. Die langfristigen Konsequenzen dieses Urteils sind für die in Europa ansässigen Normungsorganisationen, aber auch für die europäische Normung im internationalen Kontext, noch nicht abzusehen.



© ink drop - stock.adobe.com

Schließlich muss die europäische Normung auch im Kontext zunehmender geopolitischer Spannungen gesehen werden. Zum einen verstärkt China weiter sein Engagement in der internationalen Normung. Zum anderen üben die amerikanischen Technologiefirmen einen zunehmenden Einfluss in der Normung aus. Zusammengenommen werden dadurch nicht nur die Normung, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Werte Europas herausgefordert.

Neue Initiativen sind gefragt

In Summe steht die Normung in Deutschland und Europa vor einer Reihe großer Herausforderungen. Allerdings braucht es Normen, um den globalen Aufgaben wie der Bewältigung des Klimawandels, aber auch der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der europäischen Werte, gewachsen sein zu können. Folglich gilt es, eine Reihe von Initiativen zu starten bzw. zu verstärken.

Zunächst gilt es, den Pool an in der Normung aktiven Fachleute zu sichern, kontinuierlich zu verjüngen und diverser zu machen. Grundsätzlich müssen also noch mehr Frauen für die Normung gewonnen werden, um dem drohenden Schrumpfen des Pools an Mitarbeitenden aus Deutschland und Europa zu begegnen. Dazu gilt es, schon in den Universitäten, aber vielleicht auch in Schulen, die Relevanz des Themas deutlicher zu machen. Das europäische Projekt EDU4Standards.eu³ soll dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Sinnvoll wäre es auch, die Bedeutung der Normung zur Bewältigung des Klimawandels, aber auch zur Erreichung der anderen Nachhaltigkeitsziele inklusive Energieeffizienz, stärker in den Lehrinhalten hervorzuheben.

Der Dynamik in Forschung und Entwicklung und deren Implikationen für die Normung muss durch eine Ausweitung sowohl der staatlichen Förderprogramme auf Normungsaktivitäten als auch der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung Rechnung getragen werden.

Die zunehmende Einbettung von Normen in europäische Politikinitiativen und die Ausgestaltung regulativer Rahmenbedingungen muss frühzeitig in Normungsprozessen, aber auch der Ausgestaltung von Regulierungen berücksichtigt werden, um deren Zusammenspiel zu optimieren bzw. Friktionen zu verhindern. Die europäischen Normungsinstitute müssen ihre Geschäftsmodelle strategisch weiterentwickeln, um gegen mögliche weiterreichende Konsequenzen des Malamud-Urteils des europäischen Gerichtshofs gewappnet zu sein. Hier sind sowohl neue Produkte und Dienstleistungen als auch Preismodelle gefragt.

Schließlich kann Europa den geopolitischen Herausforderungen in der Normung nur durch eine weiterhin starke Präsenz europäischer Experten und Expertinnen begegnen. Hierfür stehen bereits finanzielle Mittel sowohl durch nationale Programme wie WIPANO⁴ als auch europäische Projekte wie StandICT⁵ und SEEBLOCKS⁶ zur Verfügung. Parallel müssen frühzeitig Koalitionen mit gleichgesinnten Staaten eingegangen werden, wie es im neu gestarteten EU-Projekt INSTAR⁷ geplant ist.

Insgesamt braucht es ein strategisches und damit langfristig ausgerichtetes Vorgehen, das Akteure weit über die Normung hinaus, wie Bildungs- und Forschungseinrichtungen, aber auch die Regulierer, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit einbindet.

*Prof. Dr. Knut Blind
Fraunhofer ISI & TU Berlin
knut.blind@isi.fraunhofer.de
knut.blind@tu-berlin.de*

¹ Blind et al. (2024): European Standardisation Panel Survey Final Report
<https://data.europa.eu/doi/10.2777/643814>

² Blind et al. (2022): Deutsches Normungspanel: Indikatorenbericht 2022 - Normen, Normung und Klimawandel www.normungspanel.de/publications/indikatorenbericht-2022

³ www.edu4standards.eu

⁴ www.innovation-beratung-foerderung.de/INNO/Navigation/DE/WIPANO/wipano.html

⁵ [https://standict.eu](http://standict.eu)

⁶ [https://seeblocks.eu](http://seeblocks.eu)

⁷ [https://instarstandards.org](http://instarstandards.org)

Die KAN-Europavertretung

Seit Ende des Jahres 2020 unterhält die Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) ein Büro in Brüssel. Geleitet wird die KAN-Europavertretung seit August 2023 von Ronja Heydecke.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Europavertretung gehören die Beobachtung und Analyse von relevanten Entwicklungen auf europäischer Ebene. Für die KAN sind insbesondere EU-Gesetzgebungsvorhaben mit Arbeitsschutz- und Normungsbezug, die europäische Normungspolitik und auch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs von Interesse. Hierdurch kann die Europavertretung den Kreisen der KAN und ihrer Geschäftsstelle bereits frühzeitig Informationen zu arbeitsschutz- und normungsrelevanten Initiativen, Aktionsprogrammen und Rechtsakten bereitstellen.

Darüber hinaus spielt die Europavertretung eine entscheidende Rolle bei der Vertretung der Interessen der KAN auf europäischer Ebene. So vertritt sie die KAN gegenüber den Organen der Europäischen Union und weiteren europäischen Institutionen, Organisationen und Verbänden. Sie bringt die Expertise der KAN und ihrer Arbeitsschutzfachleute in Konsultationen

der Europäischen Kommission¹ ein, veröffentlicht KAN-Positionen auf europäischer Ebene und sensibilisiert politische Entscheidungsträger für Aspekte der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. In Zusammenarbeit mit dem Bereich Facharbeit der KAN-Geschäftsstelle hat die KAN-Europavertretung so schon vielfach Stellung zu wichtigen EU-Gesetzgebungsvorschlägen genommen, beispielsweise zur KI-Verordnung², zur Verordnung über Bauprodukte³ oder zu Kommissionsinitiativen wie der EU-Normungsstrategie⁴.

In Hinblick auf Verordnungen und Richtlinien mit Arbeitsschutz- und Normungsbezug verfolgt die KAN-Europavertretung alle Etappen des europäischen Gesetzgebungsv erfahrens und setzt sich an wichtigen Stellen für die Interessen der KAN ein. Dies beginnt mit ersten Impulsen durch Initiativberichte des Parlaments oder der Veröffentlichung von Fahrplänen oder Ankündigungen der Europäischen Kommission. Die Europavertretung begleitet auch die weiteren Schritte im Europäischen Parlament aktiv und beobachtet aufmerksam das folgende Verfahren im Rat der Europäischen Union bis hin zur Veröffentlichung des Rechtsaktes im EU-Amtsblatt. Im Europäischen Parlament ist insbesondere die Arbeit der Ausschüsse von hoher Relevanz. Die Ausschüsse ändern und billigen die Gesetzgebungsvorschläge der Europäischen Kommission und verfassen die Berichte, die die Basis für das Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments bilden. Die KAN-Europavertretung dient hier als Sprachrohr für die wichtigsten Interessen der KAN. Schließlich beschäftigt sich die KAN-Europavertretung mit vielen weiteren Themen im Bereich der Produktsicherheit, des betrieblichen Arbeitsschutzes und mit den übergeordneten, auch für den Arbeitsschutz relevanten politischen Geschehnissen und Leitlinien in Brüssel, wie beispielsweise der aktuellen Europawahl⁵.

Normen sind ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit und tragen zu

sicheren und gesunden Arbeitsplätzen bei. Da ihre Erarbeitung in vielen Bereichen auf europäischer Ebene stattfindet, spielen die Aktivitäten der wichtigsten Akteure der europäischen Normungspolitik, wie der Europäischen Kommission und der europäischen Normungsorganisationen CEN, CENELEC und ETSI, eine große Rolle für die Arbeit der KAN. Im Hinblick auf die in der europäischen Normung anerkannten gesellschaftlichen Interessen gilt es, gemeinsame Anliegen zu erkennen. Hier können insbesondere die sogenannten Annex-III-Organisationen⁶ ANEC, ECOS, ETUC und SBS und deren deutsche Mitglieder einen guten Anknüpfungspunkt für die KAN-Europavertretung bieten.

Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist ein wichtiges Thema, das Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ganz Europa betrifft. Für die KAN als nationale Organisation ist es daher zunehmend entscheidend, auch auf europäischer Ebene Verbündete zu finden. Die KAN-Europavertretung baut deshalb auch das Netzwerk der KAN zu anderen Organisationen, Institutionen und Entscheidungsträgern in Brüssel aus.

Ronja Heydecke
heydecke@kan.de

 KAN-Europavertretung
Rue Marie de Bourgogne 58
1000 Brüssel, Belgien

¹ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_de

² <https://www.kan.de/publikationen/kanbrief/2/22/kan-position-zum-eu-verordnungsvorschlag-ueber-kuenstliche-intelligenz>

³ <https://www.kan.de/service/nachrichten/detailansicht/kan-position-zur-eu-baupvo-veroeffentlicht>

⁴ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13099-Normungsstrategie/F2663350_de

⁵ <https://elections.europa.eu/de/>

⁶ www.kan.de/publikationen/kanbrief/4/21/anhang-iii-organisationen-vertreter-gesellschaftlich-relevanten-interessen-in-der-europaeischen-normung



© GrecaudPaul - stock.adobe.com

Zusammenarbeit der internationalen und europäischen Normungsorganisationen

Normung ist längst keine nationale Angelegenheit mehr, sondern sollte möglichst breit international abgestimmt werden. Für die parallele Erarbeitung von Normen auf internationaler und europäischer Ebene gelten spezielle Regeln.

Um die Zusammenarbeit der internationalen und der europäischen Normungsorganisationen zu fördern, gibt es seit vielen Jahren zwei Abkommen. Die Wiener Vereinbarung (Vienna Agreement) regelt die Zusammenarbeit von ISO und CEN. Für die elektrotechnische Normung haben IEC und CENELEC zuletzt mit der Frankfurter Vereinbarung (Frankfurt Agreement) die Grundlage für ihre Kooperation aktualisiert.

Die Wiener Vereinbarung von ISO und CEN

Die technische Zusammenarbeit zwischen ISO und CEN wurde 1991 beschlossen und 2001 nochmals angepasst. Die Vereinbarung eröffnet mehrere Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Technischen Komitees (TCs) von ISO und CEN mit gleichem fachlichen Aufgabengebiet. Diese Kooperationen können von den jeweiligen Komitees unterschiedlich vertieft und selbst abgeschlossen werden. Die erste Stufe der Kooperation sieht lediglich eine gegenseitige Informationsweitergabe vor. Die zweite Stufe umfasst die gegenseitige Repräsentation im jeweils anderen Gremium. In der umfangreichsten Form der Kooperation erarbeiten die Komitees ihre Standards miteinander und verabschieden diese parallel. Es besteht auch die Möglichkeit, dass keine Kooperation zustande kommt.

Beide TCs können sich für eine gemeinsame Erarbeitung entscheiden, sobald es einen Vorschlag für eine neue Norm in einem der Gremien gibt. In diesem Fall wird die Federführung (Lead) einem der TCs übertragen, in welchem dann auch die Arbeitssitzungen stattfinden und nach dessen Regeln der Normungsprozess abläuft. Im Regelfall liegt die Federführung beim jeweiligen ISO-Gremium. Das nicht-federführende Gremium kann bis zu vier Beobachter entsenden, die in der Entwurfsphase Kommentare für ihr Gremium einbringen können.

Kernelement der Wiener Vereinbarung ist die parallele Abstimmung. Dies bedeutet, dass die öffentliche Umfrage und die Schlussabstimmung zum Normentwurf bei ISO und CEN jeweils parallel stattfinden. Sofern diese in beiden Organisationen ein positives Resultat haben, kann eine identische Publikation als ISO- und als EN-Norm erfolgen. Erreicht man in einer der Organisationen nicht die erforderliche Zustimmung, werden Beratungen zwischen ISO und CEN eingeleitet, um auszuloten, ob die gemeinsame Erarbeitung der Norm weiterhin sinnvoll ist. Denkbar ist außerdem, dass die Norm nur von einer Organisation veröffentlicht wird – dann gibt es keine identische Norm. Fällt die Abstimmung in beiden Organisationen negativ aus, wird der Entwurf an das zuständige Gremium zurückgegeben.



Das Frankfurter Abkommen von IEC und CENELEC

Die Normungsorganisationen IEC und CENELEC haben mit dem Frankfurt Agreement eine vergleichbare Vereinbarung zur Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen wurde 1991 mit der Luganer Vereinbarung eingeleitet. 1996 folgte die Aktualisierung als Dresdner Vereinbarung, 2016 der Abschluss der nachfolgenden Frankfurter Vereinbarung, die noch heute gilt. Die Frankfurter Vereinbarung gibt der internationalen Normung im Bereich Elektrotechnik grundsätzlichen Vorrang. Dies wird durch verschiedene Maßnahmen erreicht.

Wird ein Normungsbedarf auf europäischer Ebene erkannt, so wird zunächst ermittelt, ob die Norm auf internationaler Ebene bei IEC erarbeitet werden kann. Sofern sich der Normungsbedarf nicht rein auf die europäische Ebene beschränkt, kann so sichergestellt werden, dass gleich eine internationale Norm entsteht.

Parallele Abstimmungen sind im Verhältnis IEC und CENELEC der Regelfall, ohne dass es einer gesonderten Vereinbarung zwischen den TCs bedarf. Sobald ein Entwurf bei IEC in die öffentliche Umfrage gegeben wird, wird also in der Regel gleichzeitig auch die europäische Umfrage bei CENELEC eingeleitet. Gleches gilt für die Schlussabstimmung. Ausnahmen hiervon gibt es lediglich, wenn das Technische Büro (BT) von CENELEC keinen europäischen Bedarf sieht, oder bei Änderungsentwürfen zu IEC-Normen, die bislang nicht europäisch übernommen wurden. Wird eine Norm eigenständig von CENELEC entwickelt, zum Beispiel wenn kein entsprechendes IEC-Gremium besteht, so wird diese für eine potenzielle Umwandlung in eine internationale Norm bei IEC vorgelegt. Hierbei kann ebenfalls eine parallele Abstimmung eingeleitet werden.

Nationale Auswirkungen

In den Abstimmungen bei ISO, IEC, CEN und CENELEC geben die Mitglieder ihr nationales Votum ab. Für die Annahme von Entwürfen in der Umfrage und in der Schlussabstimmung müssen je nach Organisation unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse erfüllt sein. Werden die Normen nur auf internationaler Ebene angenommen, so steht es den Mitgliedern frei, diese Normen auch national zu veröffentlichen (in Deutschland zum Beispiel als DIN ISO). Wenn die internationalen Normen aber auf europäischer Ebene angenommen werden, so sind die Mitgliedsorganisationen von CEN bzw. CENELEC zur identischen nationalen Übernahme verpflichtet (z.B. als DIN EN ISO) und müssen alle entgegenstehenden nationalen Normen zurückziehen. Dieser Mechanismus macht die Wiener Vereinbarung und die Frankfurter Vereinbarung auch für die nationale Normungsarbeit so bedeutend.

Ausblick

War die internationale Normungsarbeit früher stark geprägt von den Industrielanden der westlichen Welt, so stoßen in jüngster Zeit neue mächtige Akteure in die Normungswelt vor. Insbesondere China hat die Bedeutung von Industrie-, Dienstleistungs- und Managementnormen erkannt und besetzt vermehrt Schlüsselpositionen (Vorsitze und Sekretariate) in den internationalen Gremien. Dies wird durch die sogenannte „Belt and Road Initiative“ unterstützt, in deren Zuge starke wirtschaftliche Verflechtungen mit Schwellen- und Entwicklungsländern weltweit eingegangen werden. Obwohl die Beteiligung von europäischen Fachleuten in der Normung immer noch sehr hoch ist, wird diese auf Grund der Zeit- und Kostenintensivität zunehmend auf den Prüfstand gestellt.

Indes lässt sich zumindest bei ISO ein Trend zur Entwicklung von immer mehr Normen erkennen. Derzeit gibt es mehr als 25.000 ISO-Normen. Anfang 2017 lag diese Zahl noch bei rund 21.000. Es zeigt sich aber auch ein unterschiedliches Verständnis von Normung und deren Einsatzbereichen. So sehen viele Länder Normen als Möglichkeit, ein Regelwerk in Bereichen aufzustellen, in denen sie bisher keine Gesetze oder Vorschriften haben. Damit niedrigschwellige Normen das in Europa existierende Regelwerk nicht untergraben, bedarf es einer genauen Prüfung, welche internationalen Normprojekte für eine europäische bzw. nationale Übernahme in Frage kommen.

Freeric Meier
meier@kan.de

Katharina Schulte
schulte@kan.de

Drei Fragen an... Peer-Oliver Villwock, Vorsitzender der KAN

Peer-Oliver Villwock, Leiter der Unterabteilung Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wurde im April 2024 zum neuen Vorsitzenden der KAN gewählt.

Die KAN besteht seit nunmehr 30 Jahren. Sind die Aufgaben und Ziele noch dieselben wie im Gründungsjahr 1994?

Mit der Gründung der KAN hat Deutschland damals den Auftrag der EU-Maschinenrichtlinie an die Mitgliedstaaten erfüllt, den Sozialpartnern eine angemessene Beteiligung an der Normung zu ermöglichen. In den letzten 30 Jahren hat sie sich zu einem akzeptierten Sprachrohr der deutschen Arbeitsschutzkreise weiterentwickelt. Sie alle profitieren davon, dass die gebündelte Position der KAN größere Wirkung hat als die der einzelnen Kreise. Inzwischen wirkt die KAN über ihre Geschäftsstelle nicht nur in der Normung auf nationaler Ebene mit, sondern engagiert sich bei Bedarf auch direkt auf europäischer und internationaler Ebene sowie in anderen regelsetzenden Gremien. Diesen Auftrag haben die in der KAN vertretenen Kreise mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Selbstverständnisses 2023 bekräftigt.

Natürlich muss sich die KAN auch immer wieder auf neue Themen einstellen. Aspekte der Digitalisierung, wie beispielsweise künstliche Intelligenz, aber auch der Klimawandel stehen in der Normung heute weit oben auf der Agenda. Hier ist die KAN gefragt, sich frühzeitig einzubringen und für die richtigen Weichenstellungen im Sinne des Arbeitsschutzes zu sorgen und gleichzeitig den Regelungsspielraum des Staates und der gesetzlichen Unfallversicherung zu verteidigen.

Im letzten Jahr wurden die neuen EU-Verordnungen zur künstlichen Intelligenz und zu Maschinen verabschiedet: Welche Punkte sind hier aus Sicht des Arbeitsschutzes besonders interessant?

Ursprünglich hatte die Europäische Kommission in der Maschinen-Verordnung vorgesehen, hinsichtlich des Begriffs „künstliche Intelligenz“ auf die KI-Verordnung zu verweisen. Die-

ser Verweis wurde im Rahmen der Verhandlungen gestrichen, sodass diese beiden Verordnungen nun nicht mehr optimal ineinander greifen – die Gesetzgeber auf EU-Ebene hätten es anwenderfreundlicher gestalten können. Neu in der Maschinen-Verordnung ist zudem, dass bei einigen Maschinen und dazugehörigen Produkten bei der Konformitätsbewertung zwingend eine benannte Stelle einzubinden ist – selbst dann, wenn Hersteller harmonisierte Normen anwenden, die alle relevanten Anforderungen abdecken. Dies gilt zum Beispiel für Sicherheitsbauteile mit vollständig oder teilweise selbstentwickelndem Verhalten – also Kl. Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass das in Deutschland bereits seit langer Zeit praktizierte Verfahren zur Feststellung, wann eine „wesentliche Veränderung“ einer Maschine vorliegt, nun in der Maschinen-Verordnung europäisch verankert wurde. Und nicht zuletzt sind die mit der Maschinen-Verordnung eingeführten sogenannten *Common specifications* zu erwähnen, die inzwischen auch in diversen weiteren EU-Rechtsakten eingeführt wurden.

Wir sehen zudem, dass die Konkretisierung der Anforderungen aus der KI-Verordnung den Arbeitsschutz vor Herausforderungen stellt. Auf Grund der vorwiegend internationalen Normung müssen die begrenzten Ressourcen für die Normungsarbeit gebündelt und effizient eingesetzt werden. Dabei kann die KAN ihr Netzwerk nutzen und einen Beitrag zur Koordinierung der Arbeitsschutzzintessen leisten.

Wie stehen Sie zum neuen Instrument der *Common specifications*, das zuletzt in mehreren EU-Verordnungen eingeführt wurde?

In *Common specifications* kann die Europäische Kommission technische Anforderungen festlegen, die bei Anwendung, wie harmonisierte Nor-



Peer-Oliver Villwock

men auch, die Vermutungswirkung auslösen. Wichtig ist allerdings, dass es sich bei diesem Instrument um eine Notlösung handelt, weshalb erst bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor dieses Instrument überhaupt von der Europäischen Kommission angewendet werden darf. Inzwischen sind gemeinsame Spezifikationen sowohl in den neuen Verordnungen zu Maschinen und Künstlicher Intelligenz als auch im Entwurf der Bauprodukteverordnung enthalten. *Common specifications* können im Einzelfall sinnvoll sein. Allerdings ist gegenwärtig noch unklar, wie sie konkret erarbeitet werden sollen und in welcher Form die interessierten Kreise an der Erstellung beteiligt werden. Besser wäre es daher, wenn man diese Notlösung erst gar nicht bräuchte. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Normungsorganisationen einerseits und den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission andererseits könnte hier helfen.

Gender-Kluft im Arbeitsschutz: Wie Feuerwehrfrauen bei PSA benachteiligt werden

Von Feuerwehrleuten genutzte Technik ist bislang vornehmlich auf die Anthropometrie von Männern angepasst. Gestaltungshinweise für eine geschlechtergerechte Gestaltung fehlen oft. Weiterhin sind die zugrunde gelegten anthropometrischen Daten oft veraltet.

Technik, die zur Nutzung durch Endanwenderinnen und Endanwender konzipiert ist, ist meistens (mindestens implizit) primär auf männliche Nutzer abgestimmt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass für Konstruktion und Prüfung vieler Produkte als Normperson ein standardisierter Mann (nach DIN 33402-2¹ aktuell 1,75 m und 79 kg, in vielen Normen sogar nur 75 kg) angenommen wird.

Das Bewusstsein für diese Missstände ist in den letzten Jahren gewachsen. Die Internationale Organisation für Normung (ISO) arbeitet an einem Normentwurf, um in Zukunft alle einschlägigen Normen auf Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und bei Bedarf weiterzuentwickeln². Die bislang verwendeten, häufig veralteten Körpermaße werden ebenfalls gerade hinterfragt.

In einer 2024 veröffentlichten Studie im Auftrag der Europäischen Kommission³ wurden 2.650 harmonisierte europäische Normen mit Bezug zum Arbeitsschutz darauf untersucht, ob und in welcher Qualität anthropometrische Daten berücksichtigt werden. In 36 % dieser Normen sind anthropometrische Daten relevant, werden jedoch vielfach nur unzureichend berücksichtigt oder sind veraltet. Bei 76 Normen werden die potentiellen Auswirkungen der Nichtberücksichtigung auf Gesundheit und Sicherheit als hoch eingeschätzt. Mitunter enthalten harmonisierte Normen zwar auch aktuelle Maße, jedoch oft nur für Männer.

Sicherheit und Geschlechtergerechtigkeit bei Feuerwehrschutzbekleidung

Welche Konsequenzen eine nicht adäquat geschlechtergerechte Gestaltung von Technik hat, zeigt das Beispiel der Schutzbekleidung von Feuerwehrfrauen. In einer Interviewstudie wurden über 1.700 Feuerwehrfrauen und -männer unter anderem zum Komfort und zum Passverhalten ihrer persönlichen Schutzbekleidung (PSA) befragt. Feuerwehrfrauen finden bei der PSA schlechtere Bedingungen vor und fühlen sich im Vergleich zu Feuerwehrmännern schlechter geschützt: Die Bekleidung passt ihnen schlechter, da zum Beispiel Jacken über der Hüfte nicht schließen und Hosen an der Taille zu weit, an den Beinen zu eng oder insgesamt zu lang sind (siehe unten).

In einer weiteren Studie wurden Unfallmeldungen der freiwilligen Feuerwehren ausgewertet⁴. Es konnte aufgezeigt werden, dass Feuerwehrfrauen tatsächlich ein mehr als doppelt so hohes Unfallrisiko (205,7 %) haben wie Männer (siehe Grafik S. 11) und auch schwerere Unfälle erleiden. Dies ist zumindest teilweise auf für Frauen schlecht zugeschnittene PSA und Arbeitsmittel zurückzuführen.

Ein Grund für diesen schlechteren Schutz liegt darin, dass Feuerwehrschutzbekleidung primär für die männliche Mehrheit der Nutzenden geschaffen ist, obwohl in Gesetzen und Normen eine auf eine breite Nutzendenschaft ausgerichtete Konfektion gefordert wird. In technischen Normen werden lediglich Leistungsanforde-



Geschlechterspezifischer Vergleich der Feuerwehrbekleidung (Feuerwehr Aachen)⁵

Unfälle⁴ und Mitglieder⁵ bei den Freiwilligen Feuerwehren



rungen für die Schutzfunktionen, aber keine Fertigungsmaße vorgegeben. Die Verantwortung, bei der Gestaltung der Kleidung sowohl Männer als auch Frauen zu berücksichtigen, tragen die Hersteller. Dies ergibt sich auch aus den Vorgaben zu Bewegungsfreiheit und Tragekomfort der DIN EN ISO 13688 „Schutzkleidung – Allgemeine Anforderungen“.

Gleichzeitig enthalten die von der Innenministerkonferenz verabschiedeten Herstellungs- und Prüfungsbeschreibungen für Feuerwehrschutzbekleidung (HuPF)⁶ in vielen Bundesländern Fertigungsmaße als Mindeststandard – allerdings fast ausschließlich für Männer. Die Hersteller können zwar von diesen Vorgaben abweichen, tragen dann aber die Verantwortung dafür, dass die Sicherheit weiterhin gewährleistet ist.

In Deutschland ist nach dem HuPF-Regelwerk die Anwendung der europäischen Norm DIN EN 469 „Leistungsanforderungen für Schutzkleidung für Tätigkeiten der Feuerwehr“ vorgeschrieben⁶. Daraus resultieren sowohl Vor- als auch Nachteile. Feuerwehrschutzbekleidung ist ein Produkt mit einer garantierten Mindestqualität und mit standardisierten Produkteigenschaften, die bei der Beschaffung gut miteinander verglichen werden können. Sie ist aber auch ein Produkt, das infolge starker Regulierung nur aufwändig und risikobehaftet weiterentwickelt werden kann.

Rahmenbedingungen für mehr Flexibilität schaffen

Hersteller dürfen davon ausgehen, dass bei Befolgen der harmonisierten Norm die wesentlichen Anforderungen der einschlägigen europäischen Rechtsgrundlagen an die Gestaltung eines Produktes erfüllt wurden. Wenn jedoch in harmonisierten Normen formulierte Anforderungen unvollständig oder veraltet sind – beispielsweise weil die für Prüfungen von Hitzeschutzbekleidung⁷ verwendeten Prüfpuppen mit einer Größe von 1810 ± 60 mm eher männliche als weibliche Maße aufweisen – besteht die Gefahr, dass zwar normkonforme, jedoch für die Nutzenden potentiell gefährdende Produkte gestaltet werden.

Es ist unerlässlich, dass die veränderlichen Randbedingungen, vor allem anthropometrische Maße, in Normen und Regelwerk aktuell gehalten werden. Werden Maße explizit vorgegeben, dann müssen auch Frauenmaße Eingang in die Anforderungen finden. Auch müssten eventuell zulässige Abweichungen deutlich herausgestellt werden. Dadurch werden Hersteller befähigt, zeitgemäße Technik zu entwickeln und Nutzende können die am Markt verfügbaren Angebote besser bewerten und adäquate, moderne und für eine vielfältige Nutzendschaft geeignete Produkte einfordern. Auch Arbeitgeber wird es dadurch erheblich erleichtert, ihrer Verpflichtung nachzukommen, individuell auf jede und jeden Beschäftigten abgestimmte persönliche Schutzeinrichtung zur Verfügung zu stellen.

Männer
Frauen

Carsten Schiffer, M. Sc.
c.schiffer@iaw.rwth-aachen.de

Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. medic.
Dipl.-Inform. Alexander Mertens
a.mertens@iaw.rwth-aachen.de

¹ DIN 33402-2:2020-12, Ergonomie – Körpermaße des Menschen – Teil 2: Werte

² ISO/FDIS 53800, Guidelines for the promotion and implementation of gender equality (...)

³ EU-Kommission, Study on the inclusiveness of anthropometrics in European harmonised standards, <https://doi.org/10.2873/172248>.

⁴ Schiffer, C. (2023), Accidents in 2019 at the volunteer fire departments of Mecklenburg-Western Pomerania, Rhineland-Palatinate, North Rhine-Westphalia and Schleswig-Holstein, <https://doi.org/10.18154/RWTH-2023-02080>.

⁵ <https://www.feuerwehrverband.de/presse/statistik>

⁶ Innenministerkonferenz (2020), Herstellungs- und Prüfungsbeschreibung für eine universelle Feuerwehrschutzbekleidung, Teil 1 bis 4

⁷ DIN EN ISO 13506-1:2017-12, Schutzkleidung gegen Hitze und Flammen – Teil 1: Prüfverfahren für vollständige Bekleidung – Messung der Wärmeübertragung unter Verwendung einer sensorbestückten Prüfpuppe

EU-OSHA: Ziele und Schwerpunkte

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA) kann auf eine erfolgreiche Geschichte von mehr als 28 Jahren zurückblicken. Da sich die Arbeitswelt ständig verändert, ist es jedoch wichtig, dass auch die Agentur sich immer wieder neuen Herausforderungen stellt. Wir haben William Cockburn, der seit 2023 Geschäftsführer der Agentur ist, zu den aktuellen Zielen und Arbeitsschwerpunkten befragt.

Was sind Ihre Ziele für die EU-OSHA in den kommenden Jahren?

Wir haben gerade mit der Arbeit an einer neuen Mehrjahresstrategie begonnen. Darin werden der Verwaltungsrat, unsere nationalen Kontaktstellen (Focal Points) und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Kurs für die nächsten zehn Jahre festlegen. Die Sichtbarkeit des Arbeitsschutzes und der Agentur ist seit der COVID-19-Pandemie erheblich gestiegen. Das eröffnet uns die Möglichkeit, schlagkräftiger zu werden, allerdings ist es unwahrscheinlich, dass wir dafür zusätzliche Mittel erhalten. Daher müssen wir unsere drei Hauptaufgaben noch effizienter wahrnehmen. Diese sind die Bereitstellung von Wissen für die Politikgestaltung und Forschung, die Unterstützung bei der Gestaltung sicherer Arbeitsplätze durch Leitfäden und Praxishilfen sowie die Förderung einer positiven Präventionskultur durch Sensibilisierung und Vernetzung.



William Cockburn

Der große Vorteil der EU-OSHA liegt darin, dass wir mit den Focal Points über ein Netzwerk nationaler Behörden verfügen, die wiederum auf nationale Netzwerke zurückgreifen und auch die Sozialpartner einbeziehen. Das ist unter den EU-Agenturen einzigartig. Die Stärkung des Netzwerks und seiner Focal Points ist daher eine der wichtigsten Aufgaben. Wir müssen möglichst eng mit den nationalen Behörden und den Sozialpartnern in den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, damit sie unsere Forschung unterstützen, unsere Leitfäden und Praxishilfen verbreiten und uns helfen, das Bewusstsein für die Bedeutung von sicheren und gesunden Arbeitsplätzen zu schärfen.

Welche Chancen und Herausforderungen bringt die Digitalisierung für den Arbeitsschutz mit sich?

Der Einsatz digitaler Technologien bietet verschiedene Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz. So könnten z.B. repetitive, arbeitsintensive und unsichere Aufgaben auf Maschinen verlagert, Beschäftigte in gefährlichen Umgebungen ersetzt, der Zugang zum Arbeitsmarkt für benachteiligte Beschäftigte verbessert oder aber die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gefördert werden, indem Beschäftigte flexibel von zu Hause aus arbeiten können. Darüber hinaus können intelligente digitale Systeme helfen, Gefahren zu vermeiden, z.B. durch eine erweiterte Expositionsoverwachung. Unsere Umfrage „OSH Pulse 2022“¹ zeigt, dass digitale Technologien heute bereits bei 19 % der europäischen Beschäftigten zur Überwachung von Lärm, Chemikalien, Staub und Gasen am Arbeitsplatz eingesetzt werden.

Digitale Technologien sind an sich selten problematisch. Allerdings können durch eine mangelhafte Gestaltung, Einführung und Nutzung Arbeitsschutzrisiken entstehen. Um diese Probleme zu vermeiden, müssen Beschäftigte in jeder dieser drei Phasen angemessen berücksichtigt und einbezogen werden. Leider führt die Digitalisierung aus Sicht der Beschäftigten oftmals zu unbefriedigenden Ergebnissen, was den Arbeitsschutz angeht, zum Beispiel zu Arbeitsverdichtung und weniger Selbstbestimmtheit. Die Breite der Aufgaben nimmt ab, Fachkräfte werden durch geringer Qualifizierte ersetzt, die Isolation nimmt zu und die Arbeit wird immer häufiger von automatisierten Entscheidungen beeinflusst.



In der „OSH Pulse“-Umfrage gaben Beschäftigte an, dass digitale Technologien dazu führen, dass sie vermehrt allein arbeiten (44 %), stärker überwacht werden (37 %), ihre Autonomie eingeschränkt wird (19 %), ihr Arbeitstempo fremdbestimmt wird (52 %) und ihre Arbeitsbelastung steigt (33 %). Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass wir die großen Chancen nutzen, die die Digitalisierung für eine sicherere, gesündere und bessere Arbeit bietet, gleichzeitig aber auch ihre Risiken vermeiden. Das ist die Kernbotschaft unserer zweijährigen Kampagne „Sichere und gesunde Arbeit im digitalen Zeitalter“.

Wie kann die Kreislaufwirtschaft auch für den Arbeitsschutz zu einer Erfolgsgeschichte werden?

Je nachdem, wie die Kreislaufwirtschaft umgesetzt wird, kann sie zu neuen Risiken führen oder aber eine große Chance für einen gerechten und nachhaltigen Wandel darstellen, der sowohl den Arbeitsschutz verbessert als auch die Umwelt schützt. Dazu müssen Beschäftigte und Führungskräfte so (um-)qualifiziert werden, dass sie mit den neuen Prozessen sicher arbeiten können.

Außerdem sind strenge Regulierungsmaßnahmen wie die Entwicklung eines EU-weiten Überwachungssystems erforderlich, damit in Produkten enthaltene Stoffe nachverfolgt werden können. So können Produkte sicher gewartet, wiederverwendet oder recycelt werden. Auch die Einfuhr von Produkten, die Beschäftigte während dieser Tätigkeiten gefährden könnten, muss verhindert werden.

Das Prinzip „Reparieren, Wiederverwenden und Recyceln“ kann nur dann sicher umgesetzt werden, wenn Beschäftigte jederzeit Zugang zu allen Informationen haben, die sie benötigen. Ein digitales System, das Beschäftigte vor möglichen Gefährdungen warnt, würde maßgeblich dazu beitragen, den Arbeitsschutz bei gefährlichen Arbeitsprozessen der Kreislaufwirtschaft zu verbessern.

Digitale Technologien spielen in der Tat eine Schlüsselrolle beim Übergang zur Kreislaufwirtschaft. Sie ermöglichen nicht nur digitale Überwachungs-, Steuerungs- und Warnsysteme, sondern helfen auch, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, etwa indem sie bei der Abfallsortierung und beim Recycling die Automatisierung und Fernüberwachung gefährlicher Aufgaben unterstützen.

Je nach Wirtschaftssektor und EU-Mitgliedstaat ist die Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft, die gleichzeitig dem Arbeitsschutz zugutekommt, unterschiedlich weit fortgeschritten. Damit dieser Übergang überall in gleichem Maße gelingt, müssen alle Wirtschaftsbereiche und Mitgliedstaaten, insbesondere solche mit geringeren Ressourcen, ausreichend unterstützt werden. Auch dabei kommt der EU-OSHA eine wichtige Rolle zu.

¹ <https://osha.europa.eu/de/facts-and-figures/osh-pulse-occupational-safety-and-health-post-pandemic-workplaces>

Symposium anlässlich „30 Jahre KAN“

Am 13. November 2024 veranstaltet die KAN anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens das Symposium „**Arbeitsschutz und Normung zwischen globaler Harmonisierung und nationalen Interessen**“ im Hause der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) in Berlin.

Im Mittelpunkt des ersten Veranstaltungsteils steht die politische Bedeutung der Normung: Vor wenigen Jahren war noch der Wunsch nach globaler Harmonisierung des Warenverkehrs wichtigster Treiber der internationalen Normung. Inzwischen ist die Normung für viele Länder ein strategisches Instrument, um ihre nationalen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen zu verwirklichen. Im zweiten Teil werden Mitglieder und Partner der KAN erörtern, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf das Zusammenspiel von Arbeitsschutz und Normung und die Arbeit der KAN haben können.

Am Vorabend bietet ein Empfang im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Gelegenheit, sich mit anderen Gästen aus Deutschland und dem europäischen Ausland auszutauschen und zu vernetzen.

Programm und Anmeldung (kostenlos): www.kan.de/30-Jahre-KAN

Neues Mandat für beratende „Arbeitsgruppe Normung“

Die Europäische Kommission hat Ende November 2023 das überarbeitete Mandat für die Arbeitsgruppe Normung ihres Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz veröffentlicht. Demnach soll die Arbeitsgruppe die europäischen und internationalen Normungsaktivitäten im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit überwachen und die Kohärenz dieser Normungsaktivitäten mit dem EU-Rechtsrahmen fördern.

In der Arbeitsgruppe sind die Mitgliedstaaten sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten. Durch diese Zusammensetzung soll vermieden werden, dass Normen mit den Regelungskompetenzen der EU, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner kolidieren oder ihnen widersprechen. Die Arbeitsgruppe verfolgt das Normungsgeschehen, gibt bei Bedarf Stellungnahmen ab und berät und unterstützt die Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission in allen Fragen der Normung, die für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit relevant sind. Ein besonderes Augenmerk gilt laut dem Mandat künftig der Begleitung der Auswirkungen des Klimawandels auf den Arbeitsschutz und hier insbesondere dem Norm-Entwurf ISO 45007 zum Thema Arbeitsschutzmanagement – Arbeitsschutzrisiken durch Klimawandel und Klimaschutz.

EU-Splitter

EU-Bauprodukteverordnung – Das Europäische Parlament hat am 10. April 2024 dem in den interinstitutionellen Verhandlungen erzielten Kompromisstext der Bauproduktever-

ordnung zugestimmt. Mit der neuen Verordnung soll die Veröffentlichung von Normen schneller und effizienter werden. Sie enthält nun auch Anforderungen an die Sicherheit von Bauprodukten. Über einen digitalen Produktpass sollen Nutzer künftig Informationen zum Bauprodukt abrufen können. Die neuen Vorschriften fördern den Einsatz von wiederverwendeten Baumaterialien. Nach formaler Billigung durch den Rat wird die Verordnung voraussichtlich im Herbst 2024 im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und tritt 20 Tage später in Kraft. Für einzelne Aspekte gelten längere Übergangsfristen.

Kompromisstext: www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0188_DE.html

Asbest – Am 4. April 2024 hat der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC zusammen mit der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBWW) und dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EPSU) die belgische Ratspräsidentschaft aufgefordert, sich schnellstmöglich für einen Legislativvorschlag zum Asbestscreening einzusetzen. Dieser sei von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Beschäftigten, denn das Wissen um das Vorhandensein von Asbest sei die erste und wichtigste Voraussetzung für dessen sichere Entfernung.

www.efbww.eu/news/efbww-asks-belgian-presidency-to-push-for-a-european-legal-frame/4065-a

Bericht zum europäischen Binnenmarkt

Am 17. April 2024 hat der Europäische Rat auf seiner Website den Bericht zum Europäischen Binnenmarkt des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta veröffentlicht, der auch Aussagen zu Arbeitsschutz und Normung enthält. Im Bereich des Arbeitsschutzes soll ein Abwärtstrend vermieden werden. Zahlreiche tödliche und nicht-tödliche Arbeitsunfälle (insbesondere im Bausektor) gingen allzu häufig nicht auf Unglücksereignisse, sondern auf Nachlässigkeit, unzureichende Investitionen und Profitstreben zurück. Für gezielte Maßnahmen und Sicherheitsstrategien sei eine solide und detaillierte Datenerhebung und -analyse unerlässlich. Darüber hinaus sollten Arbeitsschutzmaßnahmen verstärkt die psychische Gesundheit oder klimabedingte Risiken im Blick haben.

Im Hinblick auf einen kreislauforientierten Binnenmarkt fordert Enrico Letta außerdem, dass sich die EU gemeinsam mit den europäischen Normungsorganisationen weiterhin dafür starkmacht, dass Normen zur sicheren Gestaltung von Produkten für die Kreislaufwirtschaft erarbeitet werden. Solche Normen seien für eine längere Produktlebensdauer sowie die Qualität der recycelten Materialien unverzichtbar. Verlässliche Normen würden nicht nur das Vertrauen in die Kreislaufwirtschaft in der EU stärken, sondern auch die Verwendung von Recyclingmaterialien in Herstellungsprozessen fördern und Europa damit zu einem Vorreiter im Bereich der Kreislaufwirtschaft machen.

www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf

Content



Themes

- 22** Three questions for: Peer-Oliver Villwock, Chair of KAN
- 23** Gender gap in occupational safety and health: how PPE disadvantages women firefighters
- 25** EU-OSHA: goals and priorities

Lead topic

- 17** New challenges facing standardization
- 19** KAN's European Representation
- 20** Cooperation between the international and European standards organizations



©Cozine - stock.adobe.com

26 In brief

- Symposium marking KAN's 30th anniversary
- New mandate for the "Standardisation" working party
- EU news flash
- European Single Market report

40 Events

Stay up to date:



KAN_Arbeitsschutz_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



© stock.adobe.com



Peer-Oliver Villwock

Chair of KAN

Federal Ministry of Labour
and Social Affairs (BMAS)

Europe in our sights

For thirty years now, KAN has engaged in numerous forms of discussion of standardization and conducted studies, workshops and expert discussions to identify potential in standards for improving product safety. A further aim of KAN is to improve coherence between standards and the regulations of the state and the statutory accident insurance institutions in Germany. An important principle here is that state regulations and those of the statutory accident insurance institutions take precedence over specifications found in standards.

However, it has long been insufficient to consider the situation at national level alone. Since the EU's New Approach was adopted, the majority of standards have been developed at European level. It is also not uncommon for standards to be developed by international committees or jointly in the parallel procedure at ISO/IEC and CEN/CENELEC, and then to become European standards. If the occupational safety and health lobby wishes to be heard, it must be able to make its presence felt on standards committees at European and international level and act effectively in the relevant regulatory bodies on the political level. To achieve this, stakeholders in occupational safety and health must coordinate their activities as closely as possible, in order for the available resources to be used efficiently. KAN plays an important role in this respect.

Since 2020, KAN has maintained a contact point in Brussels in the form of its European Representation. Its functions include monitoring developments in the European Commission and European Parliament directly in Brussels, maintaining a network with other stakeholders in the field of occupational safety and health and standardization, and facilitating contact with decision-makers. KAN must pursue this strategy further, and in alliance with other European partners, develop viable concepts by which the occupational safety and health lobby can face other stakeholders on an equal footing, in Europe and internationally. «

New challenges facing standardization

Standardization is among the many areas facing new challenges due to global competition, climate change and the shortage of skilled workers. In this article, Knut Blind, who has analysed various aspects of standardization over many years in his capacity as head of the German and European Standardisation Panel, takes a look at the most important issues.

Standardization is currently facing numerous challenges caused by a range of factors, both internal and external. Internally, standardization activity is among the areas affected by the wider shortage of skilled workers. At present, over 60% of the experts in standardization are aged over 50. Several thousand will therefore be retiring in the near future¹. At the same time, women remain strongly under-represented, notwithstanding the slight change observed in this respect in recent years.

Externally, standardization is being challenged by a growing pace of change in science and technology, not least by the digital transformation. Topics such as artificial intelligence and quantum technology, and also the circular economy, call for new standardization projects and the support of competent experts, who – as already stated – are becoming increasingly scarce.

Parallel to these developments, climate change is the greatest challenge currently facing mankind, and one in which standardization certainly has a role to play. Despite that, the potential of standardization in this area has not been exploited to the full².

Regulatory and political framework conditions

In Germany and Europe, standardization is embedded within a range of policy initiatives and the corresponding regulatory frameworks. Numerous activities by the European Commission for the regulation of artificial intelligence, cybersecurity and cyber resilience and the data economy give rise to further challenges for the standards sector: it must underpin the proposed legislation by means of suitable standards. Should it fail to do so, the European Commission will increasingly draw up specifications of its own, in which case adequate involvement of industry and other stakeholders will not necessarily be assured.

At the same time, the business model of the standards institutes is being placed in doubt by a ruling of the European Court of Justice, known as the “Malamud case”. The court has ruled that free access must be granted to a number (admittedly as yet very small) of harmonized European standards to which reference is made in European legislation. The long-term consequences of this ruling for the standards organizations based in Europe, and also for European standardization in an international context, are still unclear.


© klimb - stock.adobe.com

Finally, European standardization activity must also be considered in the context of growing geopolitical tensions. On the one hand, China continues to cement its commitment to international standardization. On the other, American tech companies are exerting increasing influence on standardization. Taken together, this presents a challenge not only for standardization, but for Europe's competitiveness and values.

New initiatives are needed

Altogether, it can be said that standardization in Germany and in Europe as a whole is facing a number of major challenges. However, standards are needed for tackling global tasks such as combating climate change, and also for safeguarding Europe's competitiveness and values. Consequently, a number of initiatives must be launched or stepped up.

First of all, the pool of experts active in standardization must be assured. This pool must also become younger and more diverse. Women therefore need to be recruited to standardization activity in greater numbers, in order to counter the impending shrinkage in the pool of staff from Germany and elsewhere in Europe. To this end, attention must be drawn in universities, and perhaps also in schools, to the importance of the topic. The European EDU4Standards.eu project³ is intended to make an important contribution in this respect. It would also be advantageous to give greater weight in academic curricula to the importance of standardization in combating climate change, and also for achieving the other sustainability objectives, including energy efficiency.

The dynamics of research and development and their implications for standardization must be taken into account by expansion both of state funding programmes for standardization activities, and of tax incentives for research and development.

Increasing embedding of standards in European policy initiatives and arrangements for regulatory frameworks must be taken into account at an early stage both in standardization processes and in the regulatory arrangements, in order to optimize interaction between these two spheres and prevent conflicts between them. The European standards institutes must develop their business models further and strategically to prepare themselves for potentially far-reaching consequences of the European Court of Justice's Malamud ruling. New products and services are needed here, as are new pricing models.

Ultimately, Europe can face the geopolitical challenges in standardization only by continuing to maintain a strong presence of European experts. Funding for this is already available through national programmes such as WIPANO⁴ and European projects such as StandICT⁵ and SEEBLOCKS⁶. At the same time, coalitions with like-minded countries must be formed at an early stage, as planned in the recently launched EU INSTAR project⁷.

Altogether, a strategic and therefore long-term approach is needed. This must include stakeholders from areas far beyond standardization itself, such as educational and research institutions, and also regulatory bodies – at national, European and international level.

¹ Blind et al. (2024): European Standardisation Panel Survey Final Report
<https://data.europa.eu/doi/10.2777/643814>

² Blind et al. (2022): Deutsches Normungspanel: Indikatorenbericht 2022 – Normen, Normung und Klimawandel www.normungspanel.de/publications/indikatorenbericht-2022

³ www.edu4standards.eu

⁴ www.innovation-beratung-foerderung.de/INNO/Navigation/DE/WIPANO/wipano.html

⁵ <https://standict.eu>

⁶ <https://seeblocks.eu>

⁷ <https://instarstandards.org>

KAN's European Representation

Since the end of 2020, the Commission for Occupational Health and Safety and Standardization (KAN) has maintained an office in Brussels. The KAN European Representation has been headed since August 2023 by Ronja Heydecke.

The most important tasks of KAN's European Representation include monitoring and analysing relevant developments at European level. Proposed EU legislation relating to occupational safety and health and standardization, European standardization policy, and decisions by the European Court of Justice are of particular interest to KAN. Through its activity, the European Representation is able to provide KAN's stakeholders and the Secretariat promptly with information on initiatives, action programmes and legislation of relevance to OSH and standardization.

In addition, the European Representation plays a key role in representing KAN's interests at European level. For example, it represents KAN vis-à-vis the institutions of the European Union and other European institutions, organizations and associations. It contributes the expertise of KAN and its occupational safety and health experts to consultations by the European Commission¹, publishes KAN position statements at European level and raises awareness of workplace safety and health issues among policymakers. In cooperation with the Technical and Scientific Department of the KAN Secretariat, the KAN European Representation has issued position statements on numerous important EU legislative proposals, such as the AI Regulation², the Regulation on Construction Products³, and Com-

mission initiatives such as the EU standardization strategy⁴.

Where regulations and directives impact upon occupational safety and health and standardization, the KAN European Representation monitors the European legislative process through all stages and advocates for KAN's interests at key points. This begins with initial impetus provided by the Parliament's own-initiative reports, or the publication of roadmaps or announcements by the European Commission. The European Representation also actively monitors further steps in the European Parliament and closely observes the subsequent procedure in the Council of the European Union, through to publication of the legislation in the EU Official Journal. The work of the committees is particularly relevant in the European Parliament: they amend and approve the European Commission's legislative proposals and draw up the reports that form the basis for the European Parliament's negotiating mandate. The KAN European Representation serves as a mouthpiece here for KAN's most important interests. Finally, KAN's European Representation deals with numerous other topics in the field of product safety, the safety and health of workers at work, and the overarching political principles and key events in Brussels, such as the recent European elections⁵.

Standards are an important aspect of prevention activity and contribute to safe and healthy workplaces. Since standards in many areas are developed at European level, the activities of the most important players in European standardization policy, such as the European Commission and the European standards organizations CEN, CENELEC and ETSI, are of great importance for KAN's work. With regard to the social interests recognized in European standardization, the European Representation also monitors the activities of the "Annex III" organizations⁶ ANEC, ECOS, ETUC and SBS, which represent relevant social interests vis-à-vis standardization activity. Common interests are often found here, and provide points of contact for dialogue.

Workplace safety and health is an important topic, affecting millions of workers across Europe. It is therefore increasingly important for KAN, as a national organization, to find allies at European level. KAN's European Representation is therefore also expanding KAN's network to include other organizations, institutions and decision-makers in Brussels.

Ronja Heydecke
heydecke@kan.de



KAN European Representation
Rue Marie de Bourgogne 58
1000 Brussels, Belgium



- ¹ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_en
- ² www.kan.de/en/publications/kanbrief/artificial-intelligence/kan-position-paper-on-the-eu-draft-regulation-on-artificial-intelligence
- ³ www.kan.de/service/nachrichten/detailansicht/kan-position-zur-eu-baupro-veroeffentlicht
- ⁴ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13099-Standardisation-strategy/F2663350_en
- ⁵ <https://elections.europa.eu/en/>
- ⁶ www.kan.de/en/publications/kanbrief/4/21/annex-iii-organizations-representatives-of-social-stakeholders-in-european-standardization-activity

Cooperation between the international and European standards organizations

Standardization has long ceased to be a purely national matter; it should be coordinated on the widest possible international base. Special rules apply to the parallel development of standards at international and European level.

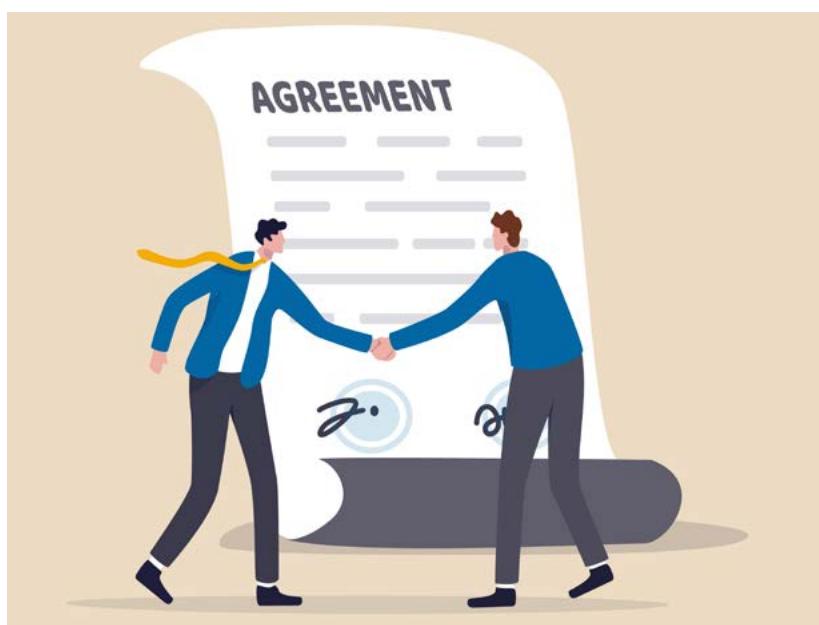
Two agreements promoting cooperation between the international and European standards organizations have been in place for many years. The Vienna Agreement governs cooperation between ISO and CEN. For standardization in the electrical sector, IEC and CENELEC recently updated the basis for their cooperation with the Frankfurt Agreement.

The Vienna Agreement between ISO and CEN

An agreement between ISO and CEN concerning technical cooperation was reached in 1991 and amended again in 2001. The agreement opens up several modes of cooperation between ISO and CEN Technical Committees (TCs) sharing a common technical remit. The relevant committees can conclude cooperative agreements themselves, differing in their depth. The first level of cooperation is limited to the transfer of information in each direction. The second level involves representation on each other's committees. In the most comprehensive form of cooperation, the committees develop their standards jointly and adopt them in parallel. It is also possible for a cooperative agreement not to be reached at all.

The two TCs can decide to work together on developing a standard as soon as a proposal for it is made in one of the committees. In this case, the lead is assigned to one of the two TCs, working sessions are held in this TC, and the standardization process takes place in accordance with this TC's rules. In general, responsibility for the lead lies with the ISO committee concerned. The non-lead committee may delegate up to four observers. During the draft phase, comments from one committee can be submitted to the other through these observers.

The core element of the Vienna Agreement is parallel voting. This means that the public enquiry and final voting on the draft standard take place in parallel at ISO and CEN. If the results of the public enquiry and final voting are positive in both organizations, the standard can be published in identical form as an ISO and EN standard. If the required agreement is not reached in one of the two organizations, consultations are launched between ISO and CEN to determine whether joint work on developing the standard is still worthwhile. It is also conceivable for only one of the organizations to publish the standard; in this case, a corresponding identical standard is not produced. Should the vote in both organizations be negative, the draft is returned to the responsible committee.



© Nuthawut - stock.adobe.com

Frankfurt Agreement between IEC and CENELEC

A similar cooperation agreement, the Frankfurt Agreement, exists between the standards organizations IEC and CENELEC. Cooperation between the two organizations was launched in 1991 with the Lugano Agreement. This was updated in 1996 in the form of the Dresden Agreement and followed in turn in 2016 by conclusion of the Frankfurt Agreement, which is still in place today. The Frankfurt Agreement accords fundamental priority to international standardization in the field of electrical engineering. This is attained through a range of measures.

If a need for standardization activity is identified at European level, it is first determined whether the standard can be developed at international level by IEC. Where the need for standardization is not limited to the European level, development by IEC ensures that publication of an international standard is the direct result.

Parallel voting is the rule in the relationship between IEC and CENELEC, and does not require a dedicated agreement between the TCs. The European public enquiry at CENELEC is usually initiated as soon as IEC submits a draft to a public enquiry. The same applies to final voting. The only exceptions to this are when the CENELEC Technical Board (BT) fails to see a need for the standard in Europe, or where draft amendments are made to IEC standards that have not yet been adopted at European level. If a standard is developed independently by CENELEC, for example where a corresponding IEC committee does not exist, it is submitted to IEC for potential transposition into an international standard. Here too, parallel voting can be initiated.

Impacts at national level

The members cast their national votes in the ISO, IEC, CEN and CENELEC ballots. The majorities that must be reached in order for drafts to be adopted in the public enquiry and at final voting differ from organization to organization. If the standards are adopted only at international level, the members are also free to publish them at national level (in Germany, for example, in the form of DIN ISO standards). If the international standards are adopted at European level, however, the member organizations of CEN/CENELEC are obliged to adopt them in identical form at national level (for example in the form of DIN EN ISO standards), and to withdraw any conflicting national standards. This mechanism is what lends the Vienna Agreement and Frankfurt Agreement their particular importance for national standardization work.

Future prospects

Whereas in the past, international standardization activity was strongly influenced by western industrial nations, new powerful players have now entered the arena. China, in particular, has recognized the importance of industry, service and management standards and is increasingly occupying key positions (chairs and secretariats) on the international committees. This is supported by the “Belt and Road Initiative”, in whose course strong economic ties are being forged to emerging and developing economies worldwide. Although the involvement of European experts in standardization remains very high, it is increasingly under pressure owing to the time and costs that it entails.

In the meantime, at least at ISO, a trend can be observed towards more and more standards being developed. ISO standards now number over 25,000; at the beginning of 2017, this figure was still around 21,000. However, the understanding of standardization and its areas of application varies. Many countries view standards as a means of establishing a body of rules in areas where, as yet, they lack legislation or regulations. To ensure that standards presenting a low threshold do not subvert the existing body of regulations in Europe, careful scrutiny is required of which international standardization projects are suitable for adoption at European or national level.

*Freeric Meier
meier@kan.de*

*Katharina Schulte
schulte@kan.de*

Three questions for: Peer-Oliver Villwock, Chair of KAN

Peer-Oliver Villwock, Head of the Occupational Safety and Health Directorate at the German Federal Ministry of Labour and Social Affairs, was elected the new Chair of KAN in April 2024.

KAN has now been in existence for 30 years. Are its tasks and objectives still the same as in 1994, the year of its inception?

With the founding of KAN, Germany followed the EU Machinery Directive's mandate to the Member States to enable the Social Partners to participate appropriately in standardization activity. In the 30 years since then, KAN has gained recognition as a voice for German stakeholders in occupational safety and health. These stakeholders all benefit from the fact that coordinated through KAN, their positions carry more weight than they would individually. Through its Secretariat, KAN is now involved in standardization activity not only at national level, but also, when the need arises, directly at European and international level, and in other regulatory bodies. The stakeholders represented in KAN adopted a joint position in 2023 reaffirming this mandate.

It goes without saying that KAN must continually address new topics as they emerge. Topics relating to the digital transformation, such as artificial intelligence, and also climate change, currently rank highly on the standardization agenda. KAN must become involved at an early stage in these areas and make sure that the right course is set in the interests of occupational safety and health. At the same time, it must defend the regulatory remit of the state and the statutory accident insurance institutions.

Last year, the EU adopted its new Artificial Intelligence and Machinery Regulations. In what way are these Regulations particularly interesting from an occupational safety and health perspective?

The European Commission had originally intended to address the concept of "artificial intelligence" in the Machinery Regulation by reference to the AI Regulation. This reference was deleted during the negotiations. As a result, these two Regulations are no

longer optimally intermeshed – the solution reached by the legislators at EU level isn't as user-friendly as it could have been. Another new aspect in the Machinery Regulation is that involvement of a notified body is now imperative during conformity assessment of certain machines and associated products. This is the case even where manufacturers follow harmonized standards covering all the relevant requirements. This applies, for example, to safety components whose behaviour is fully or partly self-developing, i.e. based on AI. Another interesting point is that the procedure long established in Germany for determining whether a machine has undergone a "substantial modification" has now been enshrined at European level in the Machinery Regulation. Finally, I should mention the "common specifications" introduced with the Machinery Regulation, which have since also been introduced in a range of further EU legal acts.

It's evident that supporting the requirements of the AI Regulation presents challenges for occupational safety and health. Since most standardization activity is conducted at international level, the limited resources available for standardization work must be concerted and used efficiently. This is where KAN is able to use its network and contribute to coordinating occupational safety and health interests.

What's your view of the new instrument of "common specifications", which was recently introduced in several EU regulations?

The European Commission can use common specifications to define technical requirements which, like harmonized standards, give rise to a presumption of conformity when they are applied. However, it's important to note that this instrument represents a makeshift solution. Certain conditions therefore have to be met before the European Commission is



Peer-Oliver Villwock

permitted to use it. Common specifications have now been included in the new Machinery and Artificial Intelligence Regulations, and in the draft Construction Products Regulation. Used on a case by case basis, common specifications may be useful. It still isn't clear, though, how they should be drawn up in practice, and how the stakeholders are to be involved in their creation. It would therefore be better if this makeshift solution weren't needed in the first place. Improved cooperation between the standards organizations on the one hand and the Member States and the European Commission on the other would be beneficial in this respect.

Gender gap in occupational safety and health: how PPE disadvantages women firefighters

Technology used by firefighters has traditionally been geared primarily to dimensions of the male body. Design guidelines often lack consideration for the female body. Furthermore, the anthropometric data used as a reference for design is often obsolete.

Technology designed for end users is usually geared – at least implicitly – primarily to male users. A major reason for this is that many products are designed and tested against a standardized adult male (currently 1.75 m in height and 79 kg in weight according to DIN 33402-2¹, and in many standards only 75 kg).

Awareness of these deficiencies has grown in recent years. The International Standards Organization (ISO) is currently working on a draft standard that will enable all relevant standards to be reviewed in the future for gender equality, and developed further if required². The body measurements currently in use, which are often outdated, are also being scrutinized.

In a study conducted on behalf of the European Commission and published in 2024³, 2,650 harmonized European standards of relevance to occupational safety and health were reviewed to determine whether they give consideration to anthropometric data, and if so to what extent. Such data is relevant in 36% of the standards examined, but is often not given sufficient consideration, or is outdated. For 76 standards, the potential impact of this on safety and health is regarded as high. Some harmonized standards contain up-to-date measurements, but in many cases only for men.

Safety and gender equality in protective clothing for firefighters

The example of protective clothing for female firefighters illustrates the consequences of technology not being adequately designed for both sexes. In an interview study, over 1,700 firefighters, male and female, were asked about the comfort and fit of their personal protective equipment (PPE). Female firefighters in the study encountered poorer conditions and felt less well protected than their male colleagues: the clothing fits them less well, for example because jackets do not close over the hips and trousers are too wide at the waist, too tight on the legs or too long overall (see images below).

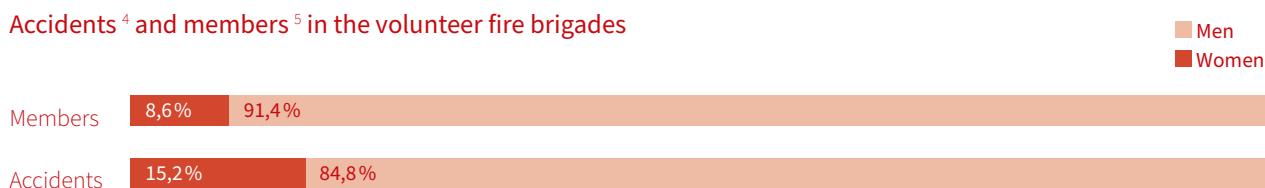
Another study evaluated accident reports from volunteer fire brigades⁴. In fact, the study showed the accident risk for female firefighters to be over twice (205.7%) that for their male colleagues (see Figure page 24), and that the accidents they suffer are also more serious. This is at least partly due to PPE and work equipment that is poorly tailored to women.

One reason for this poorer protection is that firefighters' protective clothing is designed primarily for men, who constitute the majority of users, despite legislation and standards requiring clothing sizes to be suitable for a wide user base. Whilst



Gender-specific comparison of firefighter clothing (Aachen fire brigade)⁶

Accidents⁴ and members⁵ in the volunteer fire brigades



Men
Women

specifying performance requirements for the protective functions, technical standards do not specify manufacturing dimensions. Manufacturers are responsible for taking both men and women into account when designing clothing. This is also clear from the provisions concerning room to move within the clothing and wearer comfort set out in EN ISO 13688, Protective clothing – General requirements.

At the same time, the manufacturing and testing specifications for firefighters' protective clothing (HuPF)⁶ adopted by Germany's conference of ministers for the interior (IMK) set out a minimum standard for manufacturing dimensions. However, these dimensions are intended almost exclusively for male wearers. Manufacturers may deviate from these specifications, but are then responsible for ensuring that safety continues to be guaranteed.

Germany's HuPF regulations require observance of the European EN 469 standard, Performance requirements for protective clothing for firefighting activities⁶. This has both advantages and drawbacks. Protective clothing for firefighters is a product with a guaranteed minimum quality and standardized product characteristics, which permits ready comparison between products at the procurement stage. At the same time, being closely regulated, it is also a product that cannot be developed further without great expense and a substantial business risk.

Creating framework conditions for greater flexibility

Manufacturers may presume that if they observe the harmonized standard, the essential requirements of the relevant European legislation for the design of a product will be met. However, if requirements formulated in harmonized standards are incomplete or outdated – for example because, with a height of 1810±60 mm, the dummies used for testing heat-protective clothing⁷ are closer in their dimensions to males than females – a risk exists of products being designed that are potentially dangerous for users, even though they comply with the standard.

It is essential that standards and regulations be kept up to date with changes in underlying conditions, particularly body dimensions. Where measurements are explicitly specified, women's measurements must also be included in the requirements. Any permissible deviations must also be clearly highlighted. This will enable manufacturers to develop technology that is up to date, and users to better evaluate the products available on the market and demand adequate, modern products that are suitable for a diverse range of end users. It will also make it considerably easier for employers to meet their obligation to provide personal protective equipment that is tailored to each and every employee.

*Carsten Schiffer, M. Sc.
c.schiffer@iaw.rwth-aachen.de*

*Professor Dr.-Ing. Dr. rer. medic.
Dipl.-Inform. Alexander Mertens
a.mertens@iaw.rwth-aachen.de*

¹ DIN 33402-2:2020-12, Ergonomics – Human body dimensions – Part 2: Values

² ISO/FDIS 53800, Guidelines for the promotion and implementation of gender equality (...)

³ European Commission, Study on the inclusiveness of anthropometrics in European harmonised standards, <https://doi.org/10.2873/172248>

⁴ Schiffer, C. (2023), Accidents in 2019 at the volunteer fire departments of Mecklenburg-Western Pomerania, Rhineland-Palatinate, North Rhine-Westphalia and Schleswig-Holstein, <https://doi.org/10.18154/RWTH-2023-02080>

⁵ www.feuerwehrverband.de/presse/statistik

⁶ Innenministerkonferenz (2020), Herstellungs- und Prüfungsbeschreibung für eine universelle Feuerwehrschutzbekleidung, Parts 1 to 4

⁷ EN ISO 13506-1:2017-12, Protective clothing against heat and flame – Part 1: Test method for complete garments – Measurement of transferred energy using an instrumented manikin

EU-OSHA: goals and priorities

The European Agency for Safety and Health at Work (EU-OSHA) has built up a very strong track record over 28 years. The world of work, however, is constantly changing and it is important that the agency be capable of meeting today's challenges. We asked William Cockburn, who has been Executive Director of the Agency since 2023, about the current goals and work priorities.

What are your general goals for EU-OSHA in the years to come?

We have just started work on a new multi-annual strategy that will involve our management board, national Focal Points and staff in setting our course for the next ten years. Since the COVID-19 pandemic, the visibility of OSH and of the agency has increased significantly. This gives us an opportunity to expand our impact, but we have to recognize that we are unlikely to obtain additional resources to do so. Therefore, we need to improve efficiency in how we perform our three key functions: providing knowledge for policymaking and research; supporting workplace risk prevention through guides and tools; and promoting a positive prevention culture through networking and awareness raising.

The 'Focal Point' network of national authorities and their national networks involving social partners is a key asset of EU-OSHA and is unique among EU agencies. Strengthening the Focal Point network is therefore a key priority. We need to ensure a high level of engagement with national authorities and social partners at Member State level, so that they can support our research, promote our tools and guidance, and help us to raise awareness of the importance of safe and healthy workplaces.

What opportunities and challenges does digitalisation present for occupational safety and health?

The use of digital technologies in the workplace brings with it opportunities, such as relegating repetitive, labour-intensive and unsafe tasks to machines; obviating the need for workers in hazardous environments; improving access to the labour market for disadvantaged workers; and improving the work-life balance through the flexibility experienced by workers who can work from home.

Additionally, 'smart digital systems' can improve risk prevention, for example through advanced monitoring of exposures. Our recent OSH Pulse survey¹ shows that digital technologies are used to monitor noise, chemicals, dust, and gases in the working environment of 19% of European workers.

While digital technologies are rarely problematic in themselves, OSH risks tend to arise as a result of their poor design, implementation and use. If problems are to be avoided, the worker needs to be properly considered and involved, and put at the centre of each of these stages. Unfortunately, digitalisation often leads to workers experiencing a wide range of poor outcomes related to OSH, e.g. loss of autonomy, and work intensification. Job content becomes narrower and jobs are de-skilled, with workers experiencing increased isolation and the effects of automated decisions. According to our 2022 OSH Pulse survey, workers report that digital technologies result in them working alone (44%), increase surveillance of them (37%), reduce their autonomy (19%), determine the speed or pace of work (52%) and increase their workload (33%).

It is essential that we harness the great opportunities that digitalisation offers for safer, healthier and better work and that we avoid the risks. That's the key message of our two-year campaign, 'Safe and healthy work in the digital age'.

What needs to be done to make the circular economy a success story, including with regard to occupational health and safety?

Depending on how the Circular Economy (CE) is implemented and managed, it can lead to new risks, or it can present a significant opportunity for a just and sustainable transition, improving OSH at the same time as preserving the environment. But for



the latter to happen, the workforce (including managers) needs to be adequately (re)skilled to work safely with new, circular processes.

Robust regulatory efforts are also necessary, for example to develop an EU-wide monitoring system to track substances contained in products so that they can be safely maintained, re-used or recycled, and to prevent imports of products that could put workers at risk during these processes.

The principle of 'repair, reuse and recycle' can be implemented safely only if workers have access to all the information they need at all times. A digital system that alerts workers to potential hazards would significantly contribute to improving OSH in such hazardous CE work processes.

Digital technologies certainly play a key role in the transition towards a CE, not only as an enabler of such digital monitoring, control and alert systems, but also by improving working conditions allowing the automation and remote monitoring of hazardous tasks, such as in waste sorting and recycling.

Within and between sectors and EU Member States, progress towards the implementation of a CE that benefits OSH could vary widely. Convergence will depend on ensuring sufficient support for all sectors and countries, especially those with fewer resources. Here again, EU-OSHA has a role to play.

¹ <https://osha.europa.eu/en/facts-and-figures/osh-pulse-occupational-safety-and-health-post-pandemic-workplaces>

Symposium marking KAN's 30th anniversary

On 13 November 2024, KAN will mark its 30th anniversary by holding a symposium at the German Social Accident Insurance (DGUV) in Berlin on the topic of "Occupational safety and health and standardization: between global harmonization and national interests".

The first part of the event will focus on the political significance of standardization. Only a few years ago, the desire for global harmonization was still the prime mover of international standardization activity. Now, however, standardization is being used by many countries as a strategic instrument for pursuing their own national economic and socio-political interests. In the second part of the event, KAN's members and stakeholders will discuss the potential impacts of these developments on the interaction between occupational safety and health and standardization, and on KAN's activity.

On the evening before the event, a reception will be held at the German Federal Ministry of Labour and Social Affairs (BMAS). This will provide an opportunity for networking and dialogue with other guests from Germany and other European countries.

Programme and registration: www.kan.de/en/30-years-of-KAN
Attendance is free of charge. Simultaneous interpreting between German and English will be provided.

New mandate for the "Standardisation" working party

At the end of November 2023, the European Commission published the revised mandate for the "Standardisation" working party of its Advisory Committee on Safety and Health at Work. The mandate makes provision for the working party to monitor European and international standardization activities in the sphere of occupational safety and health and to promote the consistency of these standardization activities with the EU legal framework.

The Member States, employers and employees are represented in the working party. This make-up of the working party is intended to prevent standards from conflicting with or contradicting the regulatory competences of the EU, the Member States and the social partners. The working party monitors standardization activity, issues position statements on an ad-hoc basis, and advises and supports the European Commission's Directorate-General for Employment on all standardization issues relevant to occupational safety and health. The mandate particularly provides for attention to be paid in future to monitoring the effects of climate change upon occupational safety and health, and specifically the ISO 45007 draft standard, Occupational Health and Safety Management – OH&S risks arising from climate change and climate action.

EU news flash

EU Construction Products Regulation – On 10 April 2024, the European Parliament approved the compromise text of the Construction Products Regulation that had been reached in inter-institutional negotiations. The new Regulation is intended to make the standards publication process faster and more efficient. It now also contains requirements concerning the safety of construction products. In future, users will be able to call up information on a construction product through a digital product passport. The new provisions promote the use of recycled building materials. Following formal approval by the Council, the Regulation is expected to be published in the Official Journal of the EU in the autumn of 2024 and to come into force 20 days later. Certain aspects are subject to longer transition periods.

Compromise text: www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0188_EN.html

Asbestos – On 4 April 2024, the European Trade Union Confederation (ETUC), together with the European Federation of Building and Woodworkers (EFBWW) and the European Federation of Public Service Unions (EPSU), called on the Belgian Presidency of the Council to support, at the earliest possible opportunity, a legislative proposal for screening for asbestos. These bodies consider this to be of crucial importance for employee safety, as knowledge of the presence of asbestos is the first and most important requirement for its safe removal.

www.efbw.eu/news/efbw-asks-belgian-presidency-to-push-for-a-european-legal-frame/4065-a

European Single Market report

On 17 April 2024, the European Council published former Italian Prime Minister Enrico Letta's report on the European Single Market on its website. The report includes comments on occupational safety and health and standardization. It points out the need for a deterioration in occupational safety and health to be averted. All too often, fatal and non-fatal occupational accidents, particularly in the construction sector, have been caused not by unfortunate events, but by negligence, insufficient investment and the pursuit of profit. Sound, thorough collection and analysis of data is essential for selective measures and safety strategies. In addition, occupational safety and health measures should increasingly address mental health and climate-related risks.

With regard to the Single Market being geared to a circular economy, Enrico Letta also calls for the EU, in conjunction with the European standards organizations, to continue to advocate for standards addressing the safe design of products for such an economy. Standards in this area are essential for longer product life and the quality of the recycled materials. Reliable standards would not only increase confidence in the circular economy in the EU: they would also promote the use of recycled materials in manufacturing processes and thus make Europe a pioneer of the circular economy.

www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letra.pdf

Sommaire



©19ymzy - stock.adobe.com

Thèmes

- 34** Trois questions à... Peer-Oliver Villwock, Président de la KAN
- 35** Le clivage de genre dans la SST : comment les femmes pompiers sont défavorisées en matière d'EPI
- 37** L'EU-OSHA : ses objectifs et ses priorités

Dossier

- 29** La normalisation face à de nouveaux défis
- 31** La représentation européenne de la KAN
- 32** La coopération entre les organismes de normalisation internationaux et européens



©edgjob - stock.adobe.com

39 En bref

- Symposium à l'occasion des « 30 ans de la KAN »
- Nouveau mandat pour le groupe de travail consultatif sur la normalisation
- Brèves de l'UE
- Rapport sur le marché unique européen

40 Agenda

Restez toujours informés :



KAN_Arbeitsschutz_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



©stock.adobe.com



Peer-Oliver Villwock

Président de la KAN

Ministère fédéral du Travail et des
Affaires sociales

Cap sur l'Europe

Depuis maintenant 30 ans, la KAN participe aux discussions les plus diverses sur la normalisation, et examine par exemple dans le cadre d'études, d'ateliers ou de discussions d'experts, où les normes présentent un potentiel en termes d'amélioration de la sécurité des produits. Un autre objectif consiste à œuvrer à la cohérence entre les normes et les réglementations de l'État et de l'assurance accidents légale, un principe important étant que les réglementations de l'État et de l'assurance accidents légale prévalent sur les spécifications contenues dans les normes.

Il y a toutefois bien longtemps qu'il ne suffit plus d'observer ce qui se passe à l'échelle nationale. Depuis la mise en place de la Nouvelle Approche, la plupart des normes sont élaborées au niveau européen. Il n'est donc pas rare que des normes soient élaborées par des organismes internationaux, ou, dans le cadre d'une procédure parallèle, conjointement par l'ISO et le CEN, ou par la CIE et le CENELEC, pour déboucher alors sur des normes européennes. Si la SST veut être entendue à sa juste valeur, elle doit être en mesure d'être présente au sein des organismes de normalisation européens et internationaux, et aussi de s'engager efficacement dans les instances pertinentes de réglementation au niveau politique. Il faut pour cela que les cercles de préveneurs joignent leurs efforts le plus étroitement possible pour que les ressources disponibles soient utilisées avec un maximum d'efficacité. La KAN apporte à cet égard une contribution importante.

Avec sa représentation européenne, la KAN dispose depuis 2020 à Bruxelles d'une antenne qui observe en direct sur place ce qui se passe à la Commission européenne et au Parlement européen, entretient un réseau avec d'autres parties prenantes dans le domaine de la SST et de la normalisation, et aide à nouer des contacts avec des décideurs. Il est important de poursuivre dans cette voie et d'élaborer des concepts porteurs en collaboration avec d'autres partenaires européens, afin que la SST puisse se positionner sur un pied d'égalité avec d'autres parties prenantes, au niveau européen et international. «

La normalisation face à de nouveaux défis

Pour la normalisation aussi, la concurrence mondiale, le changement climatique et le manque de personnel qualifié induisent des exigences nouvelles. Knut Blind qui, en tant que responsable du Panel allemand et européen de normalisation, analyse depuis de nombreuses années différents aspects de la normalisation, jette un regard sur les principaux champs d'action.

La normalisation est aujourd’hui confrontée à de nombreux défis, imputables à divers facteurs internes, mais aussi externes. En interne, la pénurie générale de personnel qualifié touche également la normalisation. Aujourd’hui, plus de 60 % de ses experts ont plus de 50 ans, ce qui signifie que plusieurs milliers d’entre eux partiront prochainement en retraite¹. Parallèlement, les femmes sont encore fortement sous-représentées, même si un léger renversement de tendance se fait déjà sentir depuis quelques années.

En externe, la normalisation fait face aux défis que génère une dynamique croissante de la science et de la technologie, mais aussi le numérique. Des sujets tels que l’intelligence artificielle, la technologie quantique ou encore l’économie circulaire, en particulier, nécessitent de nouveaux projets de normalisation et le soutien d’experts compétents, alors que ceux-ci se font de plus en plus rares, comme évoqué ci-dessus.

En même temps, le plus grand défi pour l’humanité est le changement climatique, un défi que la normalisation peut contribuer à maîtriser, même si, dans ce domaine, son potentiel n’est malheureusement pas encore totalement exploité².

Le cadre réglementaire et politique

En Allemagne et en Europe, la normalisation s’inscrit dans différentes initiatives politiques, et relève donc d’un cadre réglementaire. Les nombreuses activités de la Commission européenne visant à réglementer l’intelligence artificielle, la cybersécurité et la cyberrésilience, mais aussi l’économie des données, se traduisent par des défis supplémentaires pour la normalisation, qui doit en effet étayer les projets de loi par des normes appropriées, faute de quoi la Commission élaborera elle-même de plus en plus de spécifications, ce qui ne garantira pas nécessairement une participation adéquate de la part de l’industrie et des autres parties prenantes.

Parallèlement à cela, le modèle économique des organismes de normalisation est remis en question par un arrêt de la Cour de justice de l’Union européenne dans l’affaire dite « Malamud », arrêt qui donne libre accès à un nombre – certes encore restreint – de normes harmonisées européennes auxquelles il est fait référence dans les réglementations européennes. Il est impossible pour l’instant d’évaluer l’impact que cet arrêt aura à long terme pour les organismes de normalisation basés en Europe, mais aussi pour la normalisation européenne dans son contexte international.



© UMB-O - stock.adobe.com

Et enfin, il faut aussi considérer la normalisation dans le contexte de tensions géopolitiques croissantes avec, d'un côté, la Chine qui continue de renforcer son engagement dans la normalisation internationale, et, de l'autre, l'influence croissante des entreprises technologiques américaines dans le domaine de la normalisation. Le cumul de ces facteurs constitue un défi, non seulement pour la normalisation, mais aussi pour la compétitivité et les valeurs de l'Europe.

De nouvelles initiatives sont nécessaires

Au total, la normalisation est confrontée à une multitude de défis majeurs, tant en Allemagne que dans le reste de l'Europe. Or, on a besoin de normes pour faire face à des enjeux de dimension mondiale, tels que la lutte contre le changement climatique, mais aussi la protection de la compétitivité et des valeurs européennes. Il faut donc lancer toute une série d'initiatives ou intensifier celles qui existent déjà.

La première chose à faire sera de consolider, de rajeunir et de diversifier continuellement le pool d'experts actifs dans le domaine de la normalisation. Cela implique notamment d'inciter davantage de femmes à rejoindre la normalisation afin de pallier la menace d'une diminution du pool de collaborateurs, en Allemagne et en Europe. Il faudrait pour cela aborder de manière plus explicite l'importance du sujet dans les universités, voire dans les établissements scolaires. Le projet européen EDU4Standards.eu³ doit, à cet égard, fournir une contribution importante. Il serait également judicieux de souligner, dans le contenu des cours, l'importance de la normalisation comme facteur contribuant à la maîtrise du changement climatique, mais aussi à la réalisation des autres objectifs de durabilité, incluant l'efficacité énergétique.

Il faut prendre en compte la dynamique de la recherche et du développement et ses implications pour la normalisation en élargissant non seulement les programmes nationaux de subvention des activités de normalisation, mais aussi les incitations fiscales en faveur de la R&D.

L'intégration croissante des normes dans des initiatives politiques européennes et l'aménagement du cadre réglementaire doivent être pris en compte à un stade précoce dans des processus de normalisation, mais aussi dans l'élaboration de réglementations, afin d'optimiser l'interaction et d'éviter les frictions. Les instituts de normalisation doivent poursuivre le développement stratégique de leurs modèles commerciaux afin d'être armés contre d'éventuelles conséquences de plus grande portée de l'arrêt Malamud de la Cour de justice de l'Union européenne. Ce dont on a besoin ici, ce sont non seulement de nouveaux produits et services, mais aussi des modèles tarifaires.

Et enfin, l'Europe ne peut relever les défis géopolitiques en matière de normalisation qu'en veillant à maintenir une forte présence d'experts européens. Des fonds sont pour cela déjà disponibles, tant par le biais de programmes nationaux, comme en Allemagne WIPANO⁴, que de projets européens tels que StandICT⁵ et SEEBLOCKS⁶. Parallèlement, des coalitions avec des États partageant les mêmes idées doivent être formées à un stade précoce, comme le prévoit le projet INSTAR⁷ de l'UE, qui vient d'être lancé.

Ce qu'il faut au total, c'est une démarche stratégique et donc axée sur le long terme, qui intègre des acteurs dont le domaine d'action va bien au-delà de la normalisation, comme par exemple des établissements d'enseignement et de recherche, mais aussi des régulateurs, et ce aux niveaux national, européen et international.

¹ Blind et al. (2024) : European Standardisation Panel Survey Final Report, <https://data.europa.eu/doi/10.2777/643814>

² Blind et al. (2022) : Deutsches Normungspanel: Indikatorenbericht 2022 - Normen, Normung und Klimawandel, www.normungspanel.de/publications/indikatorenbericht-2022

³ www.edu4standards.eu

⁴ www.innovation-beratung-foerderung.de/INNO/Navigation/DE/WIPANO/wipano.html

⁵ <https://standict.eu>

⁶ <https://seeblocks.eu>

⁷ <https://instarstandards.org>

La représentation européenne de la KAN

Depuis la fin de 2020, la Commission pour la sécurité et santé au travail et la normalisation (KAN) possède une antenne à Bruxelles. Depuis août 2023, cette représentation européenne de la KAN est dirigée par Ronja Heydecke.

Les missions de la représentation européenne consistent essentiellement à observer et à analyser l'évolution, au niveau européen, des enjeux importants pour la KAN. Il s'agit notamment des projets de loi de l'UE ayant trait à la SST et à la normalisation, ainsi que des décisions de la Cour de justice européenne. Ceci permet à la représentation européenne de fournir aux parties prenantes de la KAN et à son Secrétariat des informations précoce sur les initiatives, les programmes d'action et les actes juridiques susceptibles d'avoir une incidence sur la SST et la normalisation.

La représentation européenne joue en outre un rôle décisif dans la défense des intérêts de la KAN au niveau européen, qu'elle représente auprès des organes de l'Union européenne et d'autres institutions, organisations et fédérations européennes. Elle fait l'apport de l'expertise de la KAN et de ses préventeurs lors des consultations de la Commission européenne¹, publie les positions de la KAN au niveau européen et sensibilise les décideurs politiques aux enjeux de la sécurité et de la santé au travail. En collaboration avec la section technique et scientifique au sein du Secrétariat de la KAN, la représentation européenne a ainsi pris position à plusieurs reprises sur des propositions de loi importantes de l'UE, concernant notamment les règlements sur l'intelligence artificielle² et sur les produits de construction³, ou encore sur les initiatives de la Commission, comme la stratégie de normalisation de l'UE⁴.

Concernant les règlements et directives ayant trait à la SST et à la normalisation, la représentation européenne de la KAN suit toutes les étapes du processus législatif européen et défend les intérêts de la KAN en intervenant à des moments importants de ce processus, qui commence par les premières impulsions données par les rapports d'initiative du Parlement ou de la publication de feuilles de route ou d'annonces de la Commission européenne. La représentation européenne accompagne également activement les étapes suivantes au sein du Parlement européen et observe attentivement l'avancement du projet au sein du Conseil de l'Union européenne et jusqu'à la publication de l'acte juridique au Journal officiel de l'UE. Au Parlement européen, le travail des commissions revêt une importance particulière. Ce sont elles qui amendent et adoptent les propositions législatives et qui rédigent les rapports qui constituent la base du mandat de négociation du Parlement européen. La représentation européenne sert ici de porte-parole pour les principaux intérêts de la KAN. Et enfin, la représentation européenne se saisit de nombreux autres sujets dans les domaines de la sécurité des produits ou de l'organisation de la prévention en entreprise, et s'intéresse aux événements et orientations politiques d'ordre supérieur à Bruxelles, comme par exemple les élections européennes actuelles⁵.

Élément important du travail de prévention, les normes contribuent à créer des lieux de travail sûrs et sains. Leur élabora-

tion s'effectuant dans de nombreux domaines au niveau européen, les activités des principaux acteurs de la politique européenne de normalisation, notamment la Commission européenne et les organismes de normalisation que sont le CEN, le CENELEC et l'ETSI, jouent un rôle important dans le travail de la KAN. Pour ce qui est des intérêts sociaux reconnus dans la normalisation européenne, la représentation européenne suit par ailleurs les activités des « organisations selon l'Annexe III »⁶ (l'ANEC, l'ECOS, l'ETUC et la SBS), qui défendent les enjeux d'ordre social dans le processus de normalisation. On constate souvent l'existence d'intérêts communs qui donnent lieu à des points de contact pour des échanges.

La sécurité et la santé au travail est un sujet majeur, qui concerne des millions de travailleurs dans toute l'Europe. Pour la KAN, qui est une organisation nationale, il est donc de plus en plus décisif de trouver des alliés également au niveau européen. C'est pourquoi la représentation européenne s'emploie aussi à élargir le réseau de la KAN avec d'autres organisations, institutions et décideurs à Bruxelles.

Ronja Heydecke
heydecke@kan.de

 Représentation
européenne de la KAN
58 Rue Marie de Bourgogne
1000 Bruxelles, Belgique

¹ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_fr

² www.kan.de/fr/publications/kanbrief/2/22/la-position-de-la-kan-sur-la-proposition-de-reglement-de-lue-sur-lintelligence-artificielle

³ [\(en allemand\)](http://www.kan.de/service/nachrichten/detailansicht/kan-position-zur-eubaupo-veroeffentlicht)

⁴ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13099-Strategie-de-normalisation/F2663350_fr

⁵ <https://elections.europa.eu/fr>

⁶ www.kan.de/fr/publications/kanbrief/4/21/les-organisations-selon-lannexe-iii-des-interets-sociaux-importants-dans-la-normalisation-europeenne



La coopération entre les organismes de normalisation internationaux et européens

Il y a bien longtemps que la normalisation n'est plus une affaire purement nationale, mais qu'elle doit faire l'objet d'une concertation internationale aussi large que possible. L'élaboration parallèle de normes à l'échelle internationale et européenne est soumise à des règles spécifiques.

Il y a de nombreuses années, deux accords ont été conclus dans le but de promouvoir la coopération entre les organismes de normalisation internationaux et européens. L'Accord de Vienne régit la coopération entre l'ISO et le CEN. Pour la normalisation électrotechnique, la CEI et le CENELEC ont actualisé en dernier lieu les bases de leur coopération par l'Accord de Francfort.

L'Accord de Vienne de l'ISO et du CEN

L'accord de coopération technique entre l'ISO et le CEN a été conclu en 1991, puis de nouveau actualisé en 2001. L'accord ouvre la voie à plusieurs possibilités de coopération entre les comités techniques (TC) de l'ISO et du CEN opérant dans le même domaine technique. Ces coopérations peuvent être conclues par les comités compétents eux-mêmes et varier dans leur degré d'approfondissement. Le premier niveau de coopération prévoit uniquement un échange réciproque d'informations. Le deuxième niveau comprend la représentation mutuelle au sein de l'autre comité. Dans la forme la plus étendue de coopération, les comités élaborent leurs normes ensemble et les adoptent parallèlement. Il est également possible qu'aucune coopération ne voie le jour.

Dès que la proposition d'une nouvelle norme est faite dans l'un ou l'autre comité, les deux TC peuvent opter pour son élaboration commune. La direction des opérations est, dans ce cas, confiée à l'un des TC, au sein duquel se tiennent les réunions de travail et selon les règles duquel se déroule le processus de normalisation. C'est généralement au TC de l'ISO qu'est confiée cette responsabilité. L'autre comité peut déléguer jusqu'à quatre observateurs, qui peuvent alors faire valoir les commentaires dudit comité durant la phase d'élaboration.

L'élément clé de l'Accord de Vienne est le vote parallèle, système en vertu duquel l'enquête publique et le vote final concernant tout projet de norme s'effectuent parallèlement, à l'ISO et au CEN. S'il en ressort un résultat positif dans les deux organisations, une publication identique peut avoir lieu, sous forme de norme ISO et de norme européenne. Si l'une des deux organisations n'obtient pas l'accord nécessaire, des consultations sont lancées entre l'ISO et le CEN afin de réfléchir s'il y a lieu de poursuivre l'élaboration commune de la norme. Une autre option envisageable est encore que la norme soit publiée par une seule organisation, auquel cas il n'y aura pas d'autre norme identique. Si le vote s'avère négatif dans les deux organisations, le projet est renvoyé au comité compétent.



© roymirz - stock.adobe.com

L'Accord de Francfort de la CEI et du CENELEC

Les organismes de normalisation CEI et CENELEC se sont dotés d'un accord de coopération similaire, à savoir l'Accord de Francfort. Amorcée en 1991 avec l'Accord de Lugano, cette coopération a été révisé en 1996 par l'Accord de Dresde, puis en 2016 par la conclusion de l'Accord de Francfort, encore en vigueur aujourd'hui. L'Accord de Francfort précise que, dans le domaine de l'électrotechnique, la priorité est donnée à la normalisation internationale. Diverses mesures permettent d'appliquer cette règle.

Lorsqu'un besoin de normalisation est identifié au niveau européen, il est d'abord déterminé si la norme peut être élaborée au niveau international par la CEI. Dans la mesure où ce besoin ne se limite pas au niveau européen, on peut ainsi s'assurer que c'est directement une norme internationale qui sera élaborée.

Les votes parallèles sont la règle dans les relations entre la CEI et le CENELEC, sans qu'un accord spécifique soit nécessaire entre les TC. Dès qu'un projet est soumis à l'enquête publique par la CEI, l'enquête européenne est donc généralement lancée en même temps par le CENELEC. Il en va de même pour le vote final. Les seules exceptions à cette règle se présentent quand le Bureau Technique (BT) du CENELEC estime qu'il n'y a aucun besoin au niveau européen, ou bien dans le cas de projets de modifications de normes CEI qui n'ont pas été encore adoptées au niveau européen. Si une norme a été élaborée de manière autonome par le CENELEC, par exemple quand il n'existe pas de comité adéquat au sein de la CEI, elle est soumise à la CEI en vue d'une transposition éventuelle dans une norme internationale. Un vote parallèle peut également être lancé à cet effet.

L'impact au niveau national

Lors des votes à l'ISO, à la CEI, au CEN et au CENELEC, les membres donnent leur voix nationale. Pour l'adoption des projets lors de l'enquête et du vote final, les conditions à remplir en termes de majorité diffèrent d'une organisation à l'autre. Si les normes sont adoptées uniquement au niveau international, les membres sont libres de les publier également au niveau national (en Allemagne, par exemple, sous forme de norme DIN ISO). Si en revanche les normes sont adoptées au niveau européen, les organisations membres du CEN et du CENELEC sont tenues de les transposer à l'identique au niveau national (et donc par exemple sous forme de DIN EN ISO), et doivent retirer toute norme nationale qui leur serait contraire. C'est ce mécanisme qui rend l'accord de Vienne et l'accord de Francfort si importants également pour le travail de normalisation national.

Perspectives

Alors qu'autrefois le travail de normalisation international était fortement marqué par le poids des nations industrialisées du monde occidental, on observe, depuis quelque temps, l'arrivée en force de nouveaux acteurs puissants dans le monde de la normalisation. La Chine, en particulier, a pris conscience de l'importance des normes industrielles, de services et de management, et occupe de plus en plus de postes clés (présidence et secrétariat) au sein des instances internationales. Cette tendance se trouve favorisée par l'initiative de la « Nouvelle route de la soie » (Belt and Road Initiative), au titre de laquelle de puissantes interdépendances économiques sont mises en place avec des pays émergents et en développement, et ce au niveau planétaire. Même si la participation d'experts européens dans la normalisation reste très élevée, elle est de plus en plus mise à l'épreuve en raison du temps et des coûts importants qu'elle implique.

On observe néanmoins, au moins à l'ISO, une tendance à l'élaboration d'un nombre sans cesse croissant de normes. Il existe actuellement plus de 25.000 normes ISO, alors qu'on en dénombrait encore 21.000 début 2017. Mais on constate aussi que la normalisation et ses domaines d'application sont perçus différemment d'un pays à l'autre, certains d'entre eux considérant en effet les normes comme étant une possibilité d'instaurer un catalogue de règles dans des domaines où ils n'ont jusqu'alors aucune loi ou réglementation. Si l'on veut éviter que des normes présentant un niveau de contrainte relativement bas ne sapent l'ensemble des réglementations en vigueur en Europe, il est nécessaire d'examiner minutieusement quels projets de normes internationales se prêtent à une transposition européenne ou nationale.

Freeric Meier
meier@kan.de

Katharina Schulte
schulte@kan.de

Trois questions à... Peer-Oliver Villwock, Président de la KAN

Peer-Oliver Villwock, qui dirige la section Sécurité et santé au travail du Ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales, a été élu nouveau Président de la KAN en avril 2024.

La KAN existe maintenant depuis 30 ans. Ses missions et ses objectifs sont-ils toujours les mêmes qu'en 1994, année de sa création ?

En créant la KAN, l'Allemagne s'est, à l'époque, acquittée du mandat confié au titre de la directive Machines aux États membres de l'Union européenne, qui était de permettre aux partenaires sociaux de participer de manière adéquate à la normalisation. Durant ces 30 dernières années, elle a évolué, pour devenir un porte-parole reconnu des milieux allemands de la SST, qui bénéficient tous du fait que la position regroupée de la KAN a plus d'impact que celle des parties prenantes individuelles. Aujourd'hui, par l'intermédiaire de son Secrétariat, la KAN ne se contente pas de participer à la normalisation à l'échelle nationale, mais s'investit également si nécessaire directement au niveau européen et international, ainsi qu'àuprès d'autres organismes de réglementation. C'est cette mission qui a été réaffirmée par les cercles représentés au sein de la KAN par l'adhésion, en 2023, à une identité commune.

La KAN doit évidemment s'adapter en permanence à de sujets nouveaux. Ceux liés au numérique, comme l'intelligence artificielle, mais aussi le changement climatique, figurent tout en haut de la liste des enjeux à traiter par la normalisation. La KAN est invitée dans ce contexte à intervenir à un stade précoce et à veiller à ce que les bonnes orientations soient prises, au service de la sécurité et de la santé au travail, tout en défendant la marge de manœuvre réglementaire de l'État et de l'assurance accident légale.

L'année dernière, l'UE a adopté de nouveaux règlements relatifs à l'intelligence artificielle et aux machines. Quels en sont les aspects les plus intéressants, du point de vue de la SST ?

La Commission européenne avait initialement prévu de renvoyer, dans le règlement sur les machines, au règle-

ment sur l'IA pour ce qui est du terme d'**« intelligence artificielle »**. Cette référence a été supprimée dans le cadre des discussions, de sorte que ces deux règlements ne s'imbriquent plus de manière optimale l'un dans l'autre – les législateurs au niveau de l'UE auraient pu opter pour une solution plus conviviale. Une autre nouveauté du règlement sur les machines est le fait que, pour certaines machines ou produits connexes, un organisme notifié doit obligatoirement être impliqué dans l'évaluation de la conformité, même si le fabricant se conforme à des normes harmonisées qui couvrent toutes les exigences pertinentes. C'est notamment le cas pour des composants de sécurité au comportement totalement ou partiellement auto-développant – et donc pour l'IA. Un autre point intéressant est le fait que la méthode pratiquée depuis longtemps en Allemagne pour déterminer quand on est en présence d'une « modification essentielle » sur une machine a été désormais ancrée au niveau européen dans le règlement sur les machines. Et il convient enfin d'évoquer les « spécifications communes », introduites avec le règlement sur les machines, qui ont été entre-temps également introduites dans divers autres actes juridiques de l'UE.

Nous constatons par ailleurs que la concrétisation des exigences contenues dans le règlement sur l'IA pose des défis au monde de la SST. En raison de la normalisation essentiellement internationale, les ressources limitées dédiées au travail de normalisation doivent être fédérées et utilisées efficacement. La KAN peut pour cela mettre son réseau à profit et contribuer à coordonner les intérêts de la SST.

Que pensez-vous du nouvel instrument que sont les « spécifications communes » introduit récemment dans plusieurs règlements de l'UE ?

Par les spécifications communes, la Commission européenne peut définir des exigences techniques qui, si elles sont appliquées, déclenchent la pré-



Peer-Oliver Villwock

somption de conformité, comme le ferait des normes harmonisées. Il est toutefois important de préciser que cet instrument constitue une solution de fortune, et que certaines conditions doivent d'abord être remplies pour que la Commission européenne ait le droit de l'utiliser. Aujourd'hui, des spécifications communes se trouvent non seulement dans les règlements sur les machines et sur l'intelligence artificielle, mais aussi dans le projet de règlement sur les produits de construction. Les spécifications communes peuvent s'avérer pertinentes dans certains cas, mais, à l'heure actuelle, on ne sait pas encore exactement comment, concrètement, elles doivent être élaborées et sous quelle forme les parties prenantes seront associées à leur élaboration. Il serait donc préférable de ne pas avoir à recourir à cette solution de fortune. Une meilleure coopération entre les organismes de normalisation d'un côté et les États membres et la Commission européenne de l'autre pourrait, en l'occurrence, s'avérer utile.

Le clivage de genre dans la SST : comment les femmes pompiers sont défavorisées en matière d'EPI

Jusqu'à présent, la technique utilisée par les pompiers est surtout adaptée à l'anthropométrie masculine. Des indications qui permettraient de concevoir des équipements adaptés au sexe de l'utilisateur font souvent défaut. De plus, les données anthropométriques utilisées sont souvent obsolètes.

Les techniques destinées à des utilisateurs finaux – hommes et femmes – sont le plus souvent (au moins implicitement) adaptées en premier lieu à des utilisateurs masculins. Cela s'explique notamment par le fait que les paramètres qui servent d'hypothèse pour la conception et les essais de nombreux produits sont ceux d'un homme « standard » (actuellement de 1,75 m et de 79 kg selon la norme DIN 33402-2¹, voire seulement de 75 kg dans de nombreuses normes).

La prise de conscience de cette anomalie s'est accrue ces dernières années. L'Organisation internationale de normalisation (ISO) travaille sur un projet de norme dont le but est de vérifier le respect de l'égalité entre les femmes et les hommes dans toutes les normes pertinentes, et de rectifier celles-ci si nécessaire². Souvent obsolètes, les mesures corporelles utilisées jusqu'à présent sont actuellement également remises en question.

Dans une étude réalisée à la demande de la Commission européenne et publiée en 2024³, 2.650 normes européennes harmonisées ayant un lien avec la SST ont été examinées afin de déterminer si elles prenaient en compte des données anthropométriques et, le cas échéant, dans quelle qualité. Les données anthropométriques sont pertinentes pour 36 % de ces normes, mais, souvent, elles ne sont pas suffisamment prises en compte ou bien elles sont obsolètes. Dans le cas de 76 normes, l'impact potentiel sur la sécurité et la santé de cette non-prise en compte est considéré comme élevé. Il arrive certes parfois que des normes harmonisées contiennent des mesures actualisées, mais elles ne sont souvent valables que pour les hommes.

Sécurité et égalité des sexes pour les vêtements de protection des pompiers

L'exemple des vêtements de protection des femmes pompiers illustre les conséquences que peut avoir une technique quand elle n'est pas conçue pour le corps féminin. Dans le cadre d'une étude basée sur des interviews, plus de 1.700 femmes et hommes pompiers ont été interrogés, notamment sur le confort et le bon ajustement de leur équipement de protection individuelle (EPI). Les femmes pompiers estiment que, en matière d'EPI, les conditions et la protection qui leur sont offertes sont moins bonnes que pour leurs collègues hommes : les vêtements leur vont moins bien car, par exemple, les vestes ne ferment pas sur les hanches, les pantalons sont trop larges à la taille, trop serrés aux jambes ou, d'une manière générale, trop longs (fig. 1).

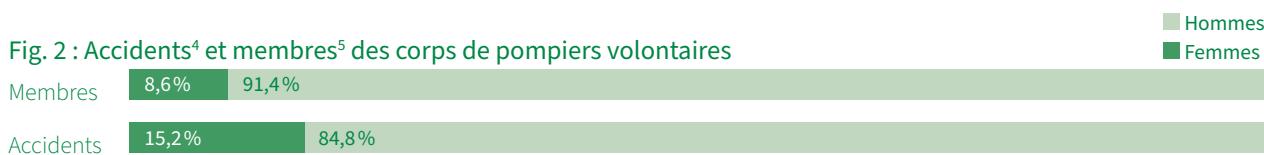
Une autre étude avait pour objet d'analyser les déclarations d'accidents subis par des pompiers volontaires⁴. Il en est ressorti que les femmes pompiers sont effectivement exposées à un risque d'accidents deux fois plus élevé (205,7 %) que les hommes (fig. 2), et que les accidents qu'elles subissent sont plus graves. Ceci est, au moins en partie, dû à des EPI et équipements de travail mal adaptés aux femmes.

L'une des raisons de ce déficit en termes de protection réside dans le fait que les vêtements de protection pour pompiers sont conçus en premier lieu pour la majorité de ceux qui les porteront, à savoir des hommes, bien que la législation et les normes réclament une confection adaptée à un large éventail d'utilisateurs. Les normes techniques définissent



Fig. 1: Comparaison, par sexe, des vêtements des pompiers (centre d'Aix-la-Chapelle)⁶

Fig. 2 : Accidents⁴ et membres⁵ des corps de pompiers volontaires



uniquement les exigences de performance pour les fonctions de protection, mais pas les mesures de confection. C'est aux fabricants qu'incombe la responsabilité de prendre en compte tant les femmes que les hommes lors de la conception des vêtements. C'est également ce qui découle des exigences en matière de liberté de mouvements et de confort de port dans la norme EN ISO 13688 « Vêtements de protection – Exigences générales ».

Parallèlement, en Allemagne, les spécifications de fabrication et de contrôle pour les vêtements de protection des pompiers (HuPF)⁶, adoptées par la conférence des ministres de l'Intérieur des Länder, contiennent des mesures de fabrication comme standards minimums – toutefois presque uniquement pour les hommes. Les fabricants peuvent, certes, s'écartez de ces spécifications, mais ils ont alors à assumer la responsabilité du maintien de la sécurité.

En Allemagne, la réglementation HuPF impose que soit appliquée la norme européenne EN 469 « Habillement de protection pour sapeurs-pompiers – Exigences de performance pour les vêtements de protection pour la lutte contre l'incendie »⁶, ce qui présente à la fois des avantages et des inconvénients. Les vêtements pour pompiers sont des produits présentant une qualité minimum garantie et des caractéristiques standardisées faciles à comparer entre elles lors de l'achat. Mais ce sont aussi des produits qui, en raison d'une forte réglementation, ne peuvent être perfectionnés qu'à grands frais et avec des risques.

Créer les conditions pour davantage de flexibilité

Les fabricants peuvent partir du principe que, en respectant la norme harmonisée, ils remplissent les exigences essentielles des bases juridiques européennes pertinentes relatives à la conception d'un produit. Or, si toutefois les exigences formulées dans les normes harmonisées sont incomplètes ou obsolètes – par exemple parce que les mannequins utilisés pour les essais de vêtements de protection thermique⁷, qui mesurent 1810 ± 60 mm, présentent des mensurations plutôt masculines que féminines – un risque existe que, bien qu'ayant été conçus conformément aux normes, des produits soient potentiellement dangereux pour les utilisateurs.

Il est indispensable que les paramètres susceptibles d'évoluer, et en particulier les mesures anthropométriques, soient tenus à jour dans les normes et les réglementations. Si des mesures sont explicitement prescrites, les mesures de femmes doivent être également précisées dans les exigences. Les écarts éventuellement autorisés doivent être également clairement indiqués. Cela permettra aux fabricants de développer des technologies conformes à l'état de l'art, et aux utilisateurs de mieux évaluer les offres disponibles sur le marché et d'opter pour des produits adéquats, modernes et adaptés à un large éventail d'utilisateurs. Il sera également beaucoup plus facile pour les employeurs de satisfaire à leurs obligations en mettant à la disposition des travailleurs des EPI adaptés à chaque cas personnel.

¹ DIN 33402-2, Ergonomie – Dimensions du corps de l'homme – Partie 2: Valeurs

² ISO/FDIS 53800 Lignes directrices relatives à la promotion et à la mise en œuvre de l'égalité entre les femmes et les hommes (...), www.iso.org/fr/standard/84591.html

³ Commission européenne : Study on the inclusiveness of anthropometrics in European harmonised standards, <https://doi.org/10.2873/172248>

⁴ Schiffer, C. (2023), Accidents in 2019 at the volunteer fire departments of Mecklenburg-Western Pomerania, Rhineland-Palatinate, North Rhine-Westphalia and Schleswig-Holstein, <https://doi.org/10.18154/RWTH-2023-02080> (en anglais)

⁵ www.feuerwehrverband.de/presse/statistik (en allemand)

⁶ Conférence des ministres de l'Intérieur (2020), Herstellungs- und Prüfungsbeschreibung für eine universelle Feuerwehrschutzbekleidung, parties 1 à 4 (en allemand)

⁷ DIN EN ISO 13506-1:2017-12, Vêtements de protection contre la chaleur et les flammes - Partie 1: Méthode d'essai pour vêtements complets - Mesurage de l'énergie transférée à l'aide d'un mannequin instrumenté

L'EU-OSHA : ses objectifs et ses priorités

L'Agence européenne pour la sécurité et la santé au travail (EU-OSHA) peut se targuer d'un parcours réussi depuis plus de 28 ans. Le monde du travail étant toutefois en constante évolution, il est donc important que l'Agence soit, elle aussi, capable de relever des défis sans cesse nouveaux. Nous avons interrogé William Cockburn, directeur exécutif de l'Agence depuis 2023, sur les actuels objectifs et priorités de son travail.

Quels sont vos objectifs pour l'EU-OSHA pour ces prochaines années ?

Nous venons de commencer à travailler sur une nouvelle stratégie pluriannuelle dans le cadre de laquelle notre conseil de direction, nos points focaux nationaux et notre personnel définiront notre cap pour les dix prochaines années. Depuis la pandémie du COVID-19, la visibilité de la SST et de l'Agence s'est considérablement accrue. Cela nous ouvre des possibilités d'intensifier notre impact, même s'il est peu probable que nous obtenions des ressources supplémentaires pour y parvenir. C'est pourquoi nous devons faire preuve d'encore plus d'efficacité dans nos trois principales missions : mettre à disposition des connaissances pour l'élaboration des politiques et la recherche, apporter notre soutien pour la conception de lieux de travail sûrs, par le biais de guides et d'outils pratiques, et promouvoir une culture positive de la prévention, par la sensibilisation et la mise en réseau.



William Cockburn

Le fait que nous disposions, avec les points focaux, d'un réseau d'autorités nationales, qui fait lui-même appel à des réseaux nationaux et à des partenaires sociaux, constitue un atout majeur de l'Agence, unique parmi les agences de l'UE. Renforcer le réseau et ses points focaux constitue donc une priorité absolue. Nous devons travailler le plus étroitement possible avec les autorités nationales et les partenaires sociaux des États membres de l'UE, pour qu'ils soutiennent notre recherche, diffusent nos guides et nos outils pratiques, et nous aident à sensibiliser le public à l'importance de lieux de travail sûrs et sains.

Quels sont les chances et les défis du numérique pour la SST ?

L'utilisation de technologies numériques offre différentes possibilités d'améliorer la sécurité sur le lieu de travail, en confiant par exemple à des machines des activités répétitives, pénibles et potentiellement peu sûres, en remplaçant le personnel dans des environnements dangereux, en améliorant l'accès au marché du travail pour les personnes défavorisées, ou encore en permettant de mieux concilier vie professionnelle et vie privée grâce à la possibilité pour les employés de travailler de manière flexible depuis chez eux. Les systèmes numériques intelligents peuvent en outre aider à prévenir les dangers, par exemple par une surveillance élargie des expositions. Il ressort de notre enquête « OSH Pulse 2022 »¹ que des technologies numériques sont déjà utilisées pour surveiller les niveaux de bruit, de produits chimiques, de poussière et de gaz dans l'environnement de travail de 19 % des travailleurs européens.

Même si les technologies numériques sont rarement problématiques en soi, des défauts au niveau de leur conception, de leur mise en œuvre ou de leur utilisation peuvent entraîner des risques pour la sécurité et la santé au travail. Pour éviter ces problèmes, il faut prendre en compte le travailleur de manière adéquate et veiller à sa participation à chacune de ces trois phases. Du point de vue des travailleurs, le numérique a malheureusement souvent des effets négatifs pour ce qui est de la SST, notamment une intensification du travail et une perte d'autonomie. L'étendue des tâches à accomplir diminue, les collaborateurs expérimentés sont remplacés par du personnel moins qualifié, l'isolement augmente et le travail est de plus en plus dicté par des décisions automatisées.

Dans l'enquête « OSH Pulse 2022 », les travailleurs ont déclaré que, du fait des technologies numériques, ils travaillaient de plus en plus seuls (44 %), ils étaient davantage surveillés (37 %), leur autonomie était réduite (19 %), ils subissaient un rythme de travail imposé (52 %) et leur charge de travail avait augmenté (33 %). Il est donc essentiel que nous mettions pleinement à profit les grandes chances qu'offre le numérique pour un travail plus sûr, plus sain et de meilleure qualité et, en même temps, pour

prévenir les risques qu'il peut présenter. Tel est d'ailleurs le message central de notre campagne qui s'étend sur deux ans, intitulée « La sécurité et la santé au travail à l'ère numérique ».

Que faut-il faire pour que l'économie circulaire devienne également une réussite dans le domaine de la SST ?

Selon la manière dont elle mise en œuvre et gérée, l'économie circulaire peut entraîner de nouveaux risques ou bien alors présenter une grande opportunité pour un changement équitable et durable, qui améliore la SST, tout en protégeant l'environnement. Mais il faut pour cela (re)qualifier les salariés – y compris les cadres – pour leur permettre de travailler en toute sécurité avec les nouveaux processus circulaires.

Des mesures réglementaires sérieuses, telles que l'élaboration d'un système de surveillance à l'échelle de l'UE, sont en outre nécessaires pour assurer le suivi des substances contenues dans les produits, de manière à pouvoir entretenir, réutiliser ou recycler ces produits en toute sécurité. Il faut également empêcher que soient importés des produits susceptibles de mettre les travailleurs en danger lors de ces activités.

Le principe qui consiste à « réparer, réutiliser et recycler » ne peut être mis en pratique en toute sécurité que si les salariés ont accès à tout moment à toutes les informations dont ils ont besoin. Un système numérique capable d'alerter les travailleurs de risques potentiels contribuerait de manière significative à améliorer la SST dans les processus de travail dangereux de l'économie circulaire.

Les technologies numériques jouent effectivement un rôle clé dans la transition vers l'économie circulaire. Elles permettent non seulement de mettre en place des systèmes numériques de surveillance, de contrôle et d'alerte, mais contribuent aussi à améliorer les conditions de travail en permettant par exemple d'automatiser et de surveiller à distance les opérations dangereuses lors du tri des déchets et du recyclage.

L'état d'avancement d'une économie circulaire qui soit en même temps favorable à la SST diffère d'un secteur économique et d'un État de l'EU à l'autre. Pour que la transition s'effectue partout de la même manière, tous les secteurs économiques et tous les États membres, en particulier ceux qui disposent de peu de ressources, doivent bénéficier d'un soutien suffisant. Ici aussi, l'EU-OSHA a un rôle important à jouer.

¹ <https://osha.europa.eu/fr/publications/summary-osh-pulse-occupational-safety-and-health-post-pandemic-workplaces>



Symposium à l'occasion des « 30 ans de la KAN »

Le 13 novembre 2024, à l'occasion de son 30e anniversaire, la KAN organise un symposium intitulé « SST et normalisation : entre harmonisation internationale et intérêts nationaux », au siège de la DGUV à Berlin.

La première partie de cette manifestation sera consacrée à l'importance politique de la normalisation : il y a quelques années, le souhait d'une harmonisation mondiale était encore le principal moteur de la normalisation internationale. Aujourd'hui, la normalisation est devenue un instrument stratégique mis en œuvre par de nombreux pays pour réaliser leurs intérêts économiques et sociopolitiques nationaux. Dans la deuxième partie, les membres et partenaires de la KAN discuteront de l'impact que cette évolution est susceptible d'avoir sur l'interaction de la SST et de la normalisation, et sur le travail de la KAN.

La veille, une réception au Ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales offrira l'occasion d'échanger des idées et de nouer des contacts avec d'autres invités venus d'Allemagne et d'autres pays européens.

Programme et inscription (gratuite) : www.kan.de/en/30-years-of-KAN
Une interprétation simultanée allemand/anglais sera assurée.

Nouveau mandat pour le groupe de travail consultatif sur la normalisation

Fin novembre 2023, la Commission européenne a publié le mandat révisé du groupe de travail « Normalisation » au sein de son comité consultatif pour la sécurité et la santé au travail. Selon ce mandat, le groupe de travail a pour mission de surveiller les activités de normalisation européennes et internationales dans le domaine de la SST, et de promouvoir la cohérence de ces activités de normalisation avec le cadre juridique de l'UE.

Les États membres, les employeurs et les travailleurs sont représentés au sein de ce groupe de travail. Cette composition a pour but d'éviter que les normes entrent en conflit ou en contradiction avec les compétences réglementaires de l'UE, des États membres et des partenaires sociaux. Le groupe de travail observe ce qui se passe en matière de normalisation, prend position si nécessaire et conseille et soutient la Direction Générale Emploi de la Commission européenne dans toutes les questions de normalisation ayant trait à la SST. Selon le mandat, une attention particulière sera accordée à l'avenir au suivi des effets du changement climatique sur la SST, et notamment au projet de norme ISO 45007 dédié au management de la SST et aux risques pour la SST liés au changement climatique et à la protection du climat.

Brèves de l'UE

Règlement européen sur les produits de construction – Le 10 avril 2024, le Parlement européen a adopté le texte de compromis du règlement sur les produits de construction, obtenu lors

de consultations interinstitutionnelles. Le nouveau règlement devrait permettre de publier les normes plus rapidement et plus efficacement. Il contient également des exigences relatives à la sécurité des produits de construction. Un passeport numérique de produits doit désormais permettre aux utilisateurs d'avoir accès à des informations sur le produit de construction. La nouvelle réglementation encourage l'usage de matériaux de construction réutilisés. Après son approbation formelle par le Conseil, le règlement devrait être publié au Journal officiel de l'UE à l'automne 2024 et entrer en vigueur 20 jours plus tard. Des périodes de transition plus longues sont prévues pour certains aspects.

Le texte de compromis : https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0188_FR.html

Amiante – Le 4 avril 2024, la Confédération européenne des syndicats (CES), la Fédération européenne des travailleurs du bâtiment et du bois (FETBB) et la Fédération syndicale européenne des services publics (FSESP) ont demandé à la Présidence belge du Conseil de l'Union européenne de s'investir au plus vite en faveur d'une proposition législative sur le dépistage de l'amiante. Cette proposition est d'une importance capitale pour la protection des travailleurs, l'identification de la présence d'amiante étant en effet la première et la plus importante condition pour permettre de l'éliminer en toute sécurité.

www.efbww.eu/news/efbww-asks-belgian-presidency-to-push-for-a-european-legal-frame/4065-a

Rapport sur le marché unique européen

Le 17 avril 2024, le Conseil européen a publié sur son site web le rapport de l'ancien Président du conseil italien, Enrico Letta, consacré au marché unique, rapport où il évoque notamment la sécurité et la santé au travail et la normalisation. Dans le domaine de la SST, il faut éviter une tendance à la baisse. De nombreux accidents du travail, mortels ou non (notamment dans le secteur de la construction), sont trop souvent dus non pas à des circonstances malheureuses, mais à la négligence, au sous-investissement et à la recherche de profits. Une collecte et analyse rigoureuse de données est indispensable pour mettre en place des mesures et stratégies ciblées en matière de sécurité. En outre, les politiques de SST doivent cibler davantage la santé mentale et les risques liés au changement climatique.

Évoquant un marché unique circulaire, Enrico Letta demande à l'UE de continuer à s'investir, avec les organismes européens de normalisation, pour que soient élaborées des normes visant à la conception sûre de produits pour l'économie circulaire. De telles normes sont en effet indispensables pour une plus longue durée de vie et pour la qualité des matériaux recyclés. Des normes fiables renforceraient non seulement la confiance accordée à l'économie circulaire au sein de l'UE, mais favoriseraient aussi l'utilisation de matériaux recyclés dans les processus de fabrication, ce qui ferait de l'Europe une tête de file dans le domaine de l'économie circulaire.

www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf

Termine / Events / Agenda



02.07.24 » Hanau

DKE Innovation Campus NORMEN.MACHEN.ZUKUNFT.
All Electric Society – Standards for a Sustainable Future
DKE
<https://innovation-campus.dke.de>

09.07.24 » Berlin

Strategieworkshop
Waschbarkeit von smarten und elektronischen Textilien
DIN/DKE
www.din.de/de/din-und-seine-partner/termine/strategie-workshop-waschbarkeit-smarten-textilien-1042756

11.09.24 » Online

Fachveranstaltung
Dresdner Treffpunkt „Aktuelles zum Arbeitsstättenrecht und Erkenntnisse zum Zusammenwirken von Arbeitsstätten- und Bauordnungsrecht“

BAuA
www.baua.de ↗ Treffpunkt Arbeitsstättenrecht

12.-13.09.24 » Dortmund

GfA-Herbstkongress
Die Arbeit von morgen: digital, intelligent, nachhaltig – effizient
REFA-Institut/GfA
www.gesellschaft-fuer-arbeitswissenschaft.de

22.-25.09.24 » Dresden

Konferenz
Building a resilient future towards sustainable safety in a rapidly changing world
DGUV
<https://wos2024.org/home.html>

22.-26.09.24 » Oxford

Conference
International Society for Respiratory Protection Conference 2024
ISRP
www.isrp.com/events/next-international-conference

25.-26.09.24 » Berlin

Konferenz
Durchstarten mit Normung – zweite interaktive Konferenz zur Normungslehre
DIN/DKE
www.din.de/de/mitwirken/young-professionals/durchstarten-mit-normung

08.-10.10.24 » Köln

Konferenz
Neue EU-Maschinenverordnung und Maschinenrechtstag
MBT
www.maschinenbautage.eu/konferenzen/maschinenbautage-2024

09.-11.10.24 » Dresden

Seminar
Sicherer Einsatz von kollaborierenden Robotern
IAG
https://asp.veda.net/webgate_dguv_prod/?key=1#p2 ↗ 570164

21.-23.10.24 » Dresden

Seminar
Grundlagen der Normungsarbeit im Arbeitsschutz
IAG/KAN
https://asp.veda.net/webgate_dguv_prod/?key=1#p2 ↗ 570044

05.-07.11.24 » Stuttgart

Fachmesse
Arbeitsschutz Aktuell
Messe Stuttgart / HINTE Expo & Conference
www.arbeitsschutz-aktuell.de

14.11.24 » Paris

Konferenz
Foresight for Occupational Safety and Health
INRS
<https://en.fosh2024.inrs.fr>

Bestellung / Ordering / Commande

www.kan.de » Publikationen » KANBrief » KANBrief-Bestellservice (kostenfrei)
www.kan.de/en » Publications » KANBrief » KANBrief subscription (free of charge)
www.kan.de/fr » KANBrief (gratuit)



Gefördert durch:

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages